

9

Bonn, Donnerstag 14. März 1963

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Bauer, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dichtel, Dufhues, Etzel, Fricke, Gurk, Heck, Katzer, Kraske, Krone, [Löhr], Lücke, Scheufelen, Schmidt, Schmücker, Stoltenberg.

Innen- und außenpolitische Lage. Situation der CDU. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr

Ende: 14.10 Uhr

Adenauer: Meine Damen! Meine Herren! Unser Freund Johannes Albers ist von uns gegangen.¹ (*Die Anwesenden erheben sich.*) Diejenigen von Ihnen, die den Feierlichkeiten in Köln gestern beigewohnt – auch der Feier im Gürzenich – und die Ansprachen gehört haben, die dort gehalten worden sind, werden einen Überblick bekommen haben über den politischen Werdegang unseres Freundes Albers. Der Zufall hat es gewollt, daß ich ihn wohl am längsten von allen gekannt habe. Ich kannte ihn seit dem Jahre 1919, als er zuerst nach Köln kam. Herr Albers hat in den schwierigen parteipolitischen Entwicklungen, die seit 1919 eingetreten waren – zunächst in der Weimarer Republik, dann unter dem Nationalsozialismus – und seit der Gründung der CDU immer offen und mannhaft seine innere Überzeugung bekannt und dementsprechend gehandelt. Wir alle verlieren in ihm nicht nur einen besonders wertvollen Mitarbeiter, sondern auch einen treuen Freund, dessen Andenken wir in Ehren halten werden. Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich bin von den Herren Kraske und Dufhues darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich bei einer Bundesvorstandssitzung noch niemals so wenige Mitglieder entschuldigt haben wie heute. Es haben sich entschuldigt Herr Strauß – der regelmäßig eingeladen wurde –, dann die Herren von Hassel, Dr. Meyers und Dr. Fay, dessen Vertreter, Herr Löhr², anwesend ist. Es ist sehr erfreulich, daß die Vorstandsmitglieder – offenbar erfüllt von der Bedeutung des Bundesvorstandes – so zahlreich anwesend sind. Man kann nur wünschen, daß sich diese löbliche Gewohnheit auch in Zukunft fortsetzen möge.

Auf die Tagesordnung haben wir als ersten Punkt gesetzt:

1 Albers war am 8. März 1963 verstorben. Zu den Trauerfeierlichkeiten vgl. FAZ vom 14. März 1963.

2 Prof. Dr. Dr. Walter Löhr (1911–1976), Dipl.-Volksw.; 1954–1967 Landesschatzmeister der CDU Hessen, 1953–1972 MdB, 1959–1972 MdEP.

INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

Dahinter stecken natürlich andere Vorgänge, über die man wohl sprechen muß, weil das ja auf den Punkt 2 „Situation der CDU“ zurückwirkt.

Über die innen- und außenpolitische Lage möchte ich Ihnen verhältnismäßig wenig sagen, weil z.Z. eine ziemlich lebhafte Bewegung überall im Gange ist und man noch nicht weiß, wohin die Bewegung schließlich führen wird. Wenn Sie Europa betrachten, dann werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß in einem Zeitraum von drei Jahren niemals eine solche Unruhe in Westeuropa gewesen ist wie jetzt. Sie kennen die Auseinandersetzungen zwischen der EWG – beziehungsweise einem Teil der EWG – und England³, die ich aber nicht so tragisch nehme. Ich bin der Auffassung, daß der Eintritt Englands schon in absehbarer Zeit erfolgen wird, und daß man, je weniger man darüber redet, desto mehr in der Sache ausrichten kann. Wahrscheinlich werden Sie schon wissen, daß de Gaulle dem holländischen Königspaar in den nächsten Tagen einen Besuch abstatten wird.⁴ Ich glaube, daß dieser Besuch de Gaulles beim holländischen Königspaar eine Aktion ist, die auch irgendwie auf die Spannungen in der EWG zurückwirkt. Es ist Ihnen bekannt, daß gerade der holländische Vertreter, Minister Luns⁵, immer unter 100 Atmosphären Druck arbeitet. Es wird ganz gut sein, wenn durch diesen Besuch etwas von dem Druck abgenommen wird.

Was England angeht, so werden von dort aus offensichtlich auch Schritte getan, um die Unzufriedenheit in Paris mit England zu beseitigen. Diese ganze Sache ist ja ausgelöst worden durch das Verhalten des englischen Premierministers bei seinem Besuch in Rambouillet Mitte Dezember⁶, und zwar hat Herr Macmillan⁷ – das ist nicht für die Presse bestimmt, soweit es nicht schon in der Presse gestanden hat – Herrn de Gaulle in Rambouillet sein Herz über die Sorgen ausgeschüttet, die er über die Weiterentwicklung seiner Bomber hat, weil Amerika ihm Schwierigkeiten macht.

Notabene, die ganze Entwicklung dieser Bomber für England wurde von Amerika bezahlt. Einer der Vorschläge von Präsident Kennedy in Nassau auf den Bahama-Inseln⁸ bestand darin, daß in Zukunft die Amerikaner nur noch die Hälfte bezahlen wollen, und von den Engländern verlangen sie die andere Hälfte. Diese ganzen Fragen sind in Rambouillet erörtert worden. Es ist aber in Rambouillet von dem englischen Premierminister nichts davon gesagt worden, daß er beabsichtigt hatte, in Nassau auf

3 Zur Diskussion um den EWG-Beitritt Großbritanniens vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 254–259.

4 Am 16. März 1963 (AdG 1963 S. 10471).

5 Dr. Josef Luns (geb. 1911), niederländischer Politiker und Diplomat; 1949–1952 Vertreter der Niederlande bei den Vereinten Nationen, 1952–1956 Minister ohne Geschäftsbereich, 1956–1971 Außenminister, 1971–1984 NATO-Generalsekretär.

6 Treffen mit de Gaulle am 15. und 16. Dezember 1962 (AdG 1962 S. 10311).

7 Harold Macmillan (1894–1984), britischer Politiker (Konservativer); 1957–1963 Premierminister. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 437 Anm. 36.

8 Treffen zwischen Kennedy und Macmillan vom 18. bis 21. Dezember 1962 (AdG 1962 S. 10326 f.).

den Bahama-Inseln von Präsident Kennedy die Polaris-Rakete zu verlangen. Dadurch hat sich de Gaulle, wie er mir selbst gesagt hat, persönlich verletzt gefühlt.⁹ Ob er aber deswegen am 14. Januar diese Pressekonferenz¹⁰ hätte geben sollen, das ist eine Frage für sich. Wahrscheinlich hätte er besser daran getan, das nicht zu tun, sondern diese Unzufriedenheit in anderer Weise zum Ausdruck zu bringen. Dann wäre alles viel leichter gewesen, um sie beizulegen. Er hat es aber nicht getan.

Ich möchte hier sehr nachdrücklich betonen, daß unser Besuch in Frankreich¹¹ vor der Pressekonferenz lag und daß die Anregung dazu von mir ausgegangen ist, ohne daß ich von einer Differenz zwischen Frankreich und England überhaupt eine Ahnung hatte. Ich habe die Anregung dazu gegeben; nachdem ein Vertreter des Auswärtigen Amtes und ein solcher des Quai d'Orsay über den deutsch-französischen Vertrag¹² einig geworden waren und die beiden Außenminister Schröder und Couve de Murville, die sich anläßlich der NATO-Ratstagung in Paris¹³ ausgesprochen haben, ebenfalls Übereinstimmung erzielt hatten, habe ich dann bei der französischen Regierung angeregt, etwa im letzten Drittel des Monats Januar in Paris zusammenzukommen, um die Sache zu erledigen. Ich glaube aber, daß die Schwierigkeiten, die damals entstanden sind, beigelegt werden.

Auf der anderen Seite haben wir durch den Abschluß des Vertrages mit Polen einen Schritt nach dem Osten zu getan¹⁴; aber er ist den Polen nicht weitgehend genug, denn sie wünschen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Das wünschen sie, obgleich sie ja streng genommen doch Grenznachbarn der Zone sind. Dadurch ist eine gewisse Unruhe entstanden; hoffentlich eine gute und fruchtbringende Unruhe, da unser Bestreben seit Jahren ist, mit Polen irgendwie wieder in eine Verbindung zu kommen.

9 Am 22. Januar 1963 – vgl. ADENAUER: *Erinnerungen* 4 S. 205; OSTERHELD: *Kanzlerjahre* S. 182.

10 Bei der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 lehnte de Gaulle einen britischen Beitritt zur EWG und das Polaris-Angebot von Nassau ab (AdG 1963 S. 10357–10359; vgl. MÖLLER/HILDEBRAND S. 924–929).

11 Vgl. Anm. 6.

12 Fertigstellung des Vertrages durch den Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay Lucet und Ministerialdirektor Jansen vom Auswärtigen Amt am 11./12. Januar 1963 (vgl. SCHWARZ: *Adenauer* 2 S. 817). – Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963. In: MÖLLER/HILDEBRAND S. 951–955. Siehe dazu auch: Hans-Peter SCHWARZ: *Eine Entente Élémentaire. Das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Elysée-Vertrages* (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 47). Erw. Neuaufl. Bonn 1990; Knut LINSSEL: *Charles de Gaulle und Deutschland 1914–1969*. Sigmaringen 1998 S. 196–213.

13 Am 16./17. Dezember 1962 besprachen Schröder und Couve de Murville den Entwurf eines Regierungsabkommens (AdG 1962 S. 10312 f.).

14 Deutsch-Polnisches Handelsabkommen vom 7. März 1963 (BULLETIN vom 8. März 1963 S. 390).

Meine Damen und Herren! Es finden auch Verhandlungen in aller Kürze zwischen den Russen und den Amerikanern über Berlin statt.¹⁵ Präsident Kennedy hat schon vor einigen Wochen bei mir anfragen lassen, ob ich gegen solche Verhandlungen etwas einzuwenden hätte. Ich habe seinem Botschafter¹⁶ gesagt, wenn Präsident Kennedy, der die internationale Lage besser überschaut als ich, der Auffassung sei, daß Verhandlungen mit Sowjetrußland über Berlin jetzt zweckmäßig seien, könne ich keine Einwendungen dagegen erheben. Es kommt hinzu, daß die Vorgänge in Asien¹⁷ natürlich auch die ganze Politik Sowjetrußlands irgendwie beeinflussen und irgendwie bestimmen, was sich wiederum bei uns bemerkbar macht. Kurz und gut, meine Freunde, alles in allem genommen ist die Unruhe in der Welt anscheinend so groß, wie sie seit Jahren nicht gewesen ist. Dazu kommt, daß man sich in den Vereinigten Staaten auch über die wirtschaftliche Lage der Vereinigten Staaten Sorgen macht, namentlich über den Absatz der Agrarüberproduktion in den Vereinigten Staaten.¹⁸ Das ist eine alte Frage bei den Amerikanern; denn es ist so, daß diese Überproduktion, die nun schon seit Jahren andauert, die Lage in den Vereinigten Staaten naturgemäß nicht bessert. Die Frage des Absatzes dieser Überproduktion in dem EWG-Raum spielt bei der Politik der Vereinigten Staaten eine große Rolle. Wenn die Amerikaner den Europäern helfen, tun sie das natürlich auch im eigenen Interesse. Darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Das ist ganz klar. Dabei spielt diese landwirtschaftliche Frage auch eine Rolle.

Wir in der Bundesrepublik stehen aller Wahrscheinlichkeit nach vor wirtschaftlichen Kämpfen sehr großen Ausmaßes. Man muß damit rechnen, daß rund 4 Millionen Arbeitnehmer in diese Auseinandersetzungen eintreten werden. Das sind etwa 1,8 bis 2 Millionen von der Brennerschen Gewerkschaft¹⁹, dazu kommt noch eine Reihe von anderen Gewerkschaften. Daß diese wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der gegenwärtigen Lage für uns von entscheidender Bedeutung werden können, liegt für jeden von Ihnen auf der Hand. Ich brauche nicht viel Worte darüber zu verlieren. Das eine ist klar, daß durch eine Steigerung der Preise bei uns, die mit Lohnerhöhungen auf einer solch breiten Basis verbunden sind – jetzt kommen noch die Beamten hinzu –, keine Verbesserung des Geldwertes zu erwarten ist, liegt auf der Hand. Wir gehen also da einer recht schwierigen Situation entgegen, die deshalb besonders schwierig ist, weil das Wachstum unseres

15 Am 26. März 1963 trafen Dean Rusk und Anatoli Dobrynin in Washington zu einem Sondierungsgespräch über die Berlin-Frage zusammen (AdG 1963 S. 10483 f.).

16 Walter C. Dowling (1905–1977), 1959–1963 amerikanischer Botschafter in Bonn. – Unterredung am 4. Februar 1963 (vgl. OSTERHELD: Kanzlerjahre S. 199 f.).

17 Zwischen den Kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Chinas war es seit 1960 zu ideologischen Auseinandersetzungen gekommen (AdG 1963 S. 10456–10464).

18 Die Überproduktion betraf vor allem die Getreidefarmen. Mit einem Sanierungskonzept wollte Kennedy dieser Überproduktion begegnen (AdG 1963 S. 10431 f.).

19 Vom 29. April bis 4. Mai 1963 Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg, der erstmalig seit 1928 mit einer Gesamtaussperrung beantwortet wurde (AdG 1963 S. 10561 f.).

Ausfuhrüberschusses zurückgeht und bisher kein Anzeichen dafür vorhanden ist, daß wir das bald wieder aufholen werden.

Wie die Wirtschaftskämpfe in Frankreich ausgehen werden, wissen wir nicht.²⁰ Ob dadurch die Konkurrenz der französischen Produkte gegenüber den deutschen Produkten gemindert wird, ob die auch Preiserhöhungen bekommen werden usw., das müssen wir alles abwarten. Mir liegt daran, Ihnen darzulegen, daß auf fast allen Gebieten Bewegung und Unruhe herrscht, von der man noch nicht weiß, wohin sie führen wird. Das müssen die nächsten Wochen und Monate bringen.

Ich hoffe, daß unser Haushaltsplan für das Jahr 1963 einigermaßen in Ordnung kommt²¹, allerdings wird der Bundestag in seiner Bewilligungsfreudigkeit nachlassen müssen, sonst wird eben kein Ausgleich möglich sein. Im gegenwärtigen Augenblick Steuererhöhungen vorzunehmen, würde die Konjunktur noch weiter stören. Es wäre also sehr zweifelhaft, ob damit überhaupt ein Erfolg erzielt würde. Wir können, so glauben wir, bei dieser allgemeinen Situation nur dadurch unsere finanzielle Lage in Ordnung halten, daß wir eben auf die Ausgaben drücken. Damit will ich Sie aber nicht im einzelnen behelligen; denn es ist ein sehr umfangreiches Thema.

Ich möchte nur noch ein Wort sagen, meine Freunde, über die Erhöhung der Verteidigungskosten, die wir zu erwarten haben für die Jahre 1964 und 1965. Es ist mit der Polaris-Rakete noch lange nicht soweit, wie es in den Zeitungen und auch in den öffentlichen Erklärungen steht. Wer die Verhandlungen von Botschafter Merchant²² – der von Kennedy dafür geschickt wurde – in Großbritannien aufmerksamer und eingehender verfolgen konnte, als die Presse darüber berichtet hat, wird gesehen haben, daß Präsident Kennedy am meisten Widerstand – von Frankreich abgesehen – in England findet. Auch nach den offiziellen Verlautbarungen haben es die Engländer bisher abgelehnt bekanntzugeben, wieweit sie sich finanziell an der Sache beteiligen wollen. Aber davon abgesehen, wir sind noch gar nicht so weit. Die ganze Konstruktion, die Pläne und die Möglichkeiten sind noch im Anfangsstadium. Ganz im Anfang ist auch noch die Prüfung der sehr wichtigen Frage des Feuerbefehls, der von sehr großer Bedeutung ist. Diese Fragen kommen alle auf uns zu und bringen Unruhe in die Welt, aber sie sind noch nicht spruchreif.

20 Bergarbeiterstreik in Frankreich vom 28. Februar bis zum 3. April 1963 (AdG 1963 S. 10513 f.).

21 Verabschiedung des Bundeshaushaltes in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Mai 1963 (Sten.Ber. 4. WP Bd. 53 S. 3717).

22 Livingston T. Merchant (1903–1976), Finanzfachmann und Diplomat; 1942–1962 Außenministerium der USA, 1956–1958 und 1961–1962 Botschafter in Kanada, 1962–1963 Sonderbeauftragter Kennedys für den Aufbau einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht. – Merchant führte in Europa Sondierungsgespräche über Möglichkeiten der Schaffung einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht mit Raketenschiffen. Zu diesem Zweck hielt er sich vom 27. Februar bis zum 2. März in Paris beim NATO-Rat, am 3. und 4. März in Rom, am 5. März in Brüssel, vom 5. bis 8. März in Bonn und vom 9. bis 12. März in London auf (AdG 1963 S. 10436 f. und 10545).

Vor 14 Tagen war hier ein ausgesuchtes Team von amerikanischen Offizieren²³, die uns zweieinhalb Tage lang Vorträge über Polaris-Raketen und die ganze Aufrüstung der Amerikaner auf nuklearem Gebiet gehalten haben. Sie wissen, daß behauptet worden ist, die Polaris-Rakete sei eine Konstruktion, die nun für eine Reihe von Jahren an der Spitze stehen werde. Während einer Pause in den Vorträgen habe ich einen der Offiziere gefragt: Wie können Sie eine solche Behauptung aufstellen – ich bin Laie auf dem Gebiet –, daß die Polaris-Konstruktion für eine Reihe von Jahren an der Spitze stehen wird? Er gab mir zur Antwort: Wenn nicht etwas Unerwartetes passiert. – Wenn man diese Reservatio macht, „wir bleiben an der Spitze, wenn nicht etwas Unerwartetes passiert“, dann kann man doch keine erste Hypothek darauf geben. Jetzt kamen von Amerika Meldungen, daß man eine ganz neue Waffe entwickelt habe, die die Polaris-Rakete weit in den Schatten stelle.²⁴ Warum sage ich Ihnen das? Nicht um Sie etwa über Gebühr zu beunruhigen, aber etwas möchte ich Sie doch beunruhigen; denn das entspricht der ganzen Situation in der Welt. Ich möchte Sie also nicht über Gebühr beunruhigen, aber ich möchte auch nicht, weil doch gerade der Parteivorstand der CDU ein sehr wichtiges Organ ist, daß Sie sich in eine Ruhe einbetten, die nicht gerechtfertigt ist. Ich kann nur noch einmal wiederholen, was ich zu Anfang gesagt habe: Wenn man die letzten drei Jahre überblickt, dann ist es in der Welt eigentlich nie so unruhig gewesen, wie es augenblicklich ist, und zwar auf wirtschaftlichem, finanziellem, militärischem und nuklearem Gebiet, kurz und gut, Sie mögen hinschauen, wohin Sie wollen.

Noch ein Wort zu Sowjetrußland! Nach einem Bericht, den wir über den Empfang des neuen englischen Botschafters in Moskau²⁵ bekommen haben, hat sich das lange Gespräch zwischen Chruschtschow und dem Engländer eigentlich nur um die deutsche Frage gedreht. Chruschtschow hat auch ausdrücklich erklärt, wenn die deutsche Frage erledigt sei, dann ließen sich alle anderen Fragen in der Welt viel leichter erledigen, auch die Abrüstungsfrage. Ob dem so ist, lasse ich einmal dahingestellt; jedenfalls hat Chruschtschow das gesagt. Nach dem ganzen Bericht kann man annehmen, daß Chruschtschow damit seiner wirklichen Überzeugung Ausdruck gegeben hat. Das ist für uns Deutsche eine Verschärfung des ganzen Zustandes; denn wenn sich der Glaube auch bei den anderen Völkern verbreitet, daß von der Lösung der deutschen Frage die Entspannung in der Welt abhängig sei, daß die deutsche Frage die Kernfrage der Unruhe sei – so hat er sich anscheinend wörtlich ausgedrückt –, dann bedeutet das für uns eine sehr große und ernste Gefahr.

23 Am 5. März Besuch von General Lyman L. Lemnitzer, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, am 8. März Besuch von Merchant (TERMINKALENDER).

24 Vgl. „Deutsche Zeitung“ vom 14. März 1963 „USA entwickeln neue Unterwasser-Raketen“.

25 Sir Humphrey Trevelyan (1905–1985), britischer Diplomat; 1932–1947 im Dienst der britischen Kolonialverwaltung, 1948 Botschaftsrat in Bagdad, 1951–1953 Wirtschafts- und Finanzberater des britischen Hochkommissars in Deutschland, bis 1955 britischer Geschäftsträger in Peking, 1955–1956 Botschafter in Ägypten, 1962–1965 in Moskau.

Auch darüber müssen wir uns klar sein. Wir können aber nichts anderes tun als aufpassen und dafür zu sorgen, daß wir nicht in irgendeiner Form schließlich doch zu hohe Kriegskosten zu bezahlen haben. Kriegskosten muß der Unterlegene immer bezahlen, aber – ich wiederhole – wir müssen dafür sorgen, daß wir nicht zu hohe Kriegskosten zu bezahlen brauchen, daß heißt auf Gebieten, die unsere nationalen Interessen sehr stark berühren. Das zur außenpolitischen Situation!

Ich möchte noch einige Worte zur innenpolitischen Situation und zur Situation unserer Partei sagen. Wir haben, wie Sie wissen, bei den Landtagswahlen, die auf die Bundestagswahlen 1961 gefolgt sind, Einbußen erlitten. Nach einer Statistik, die ich habe aufstellen lassen für die Landtagswahlen nach den Bundestagswahlen 1953 und 1957, ergibt sich, daß wir bei den Landtagswahlen ständig Verluste zu verzeichnen hatten, daß das aber noch keinen Schluß darüber zuläßt, daß wir nicht wieder aufholen könnten. Wir glauben, daß sich bei diesen Landtagswahlen die Änderungen ausgewirkt haben, die die Sozialdemokratie in den wesentlichsten Fragen gegenüber unserer bisherigen Politik seit dem Jahre 1949 vorgenommen hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Sozialdemokraten mit ihrem neuen Godesberger Programm anfangen, Erfolge zu erzielen. Zuerst haben die Wähler das nicht so recht geglaubt, aber die Sozialdemokraten sind amerikanischer als der grimmigste Amerikaner, sie sind englischer als der überzeugteste Engländer. Einen Vergleich mit den Franzosen wage ich nicht zu ziehen, denn da sind sie in einer gewissen peinlichen Lage, weil der Herr Wehner vor etwa sechs Wochen in einer Versammlung in Paris erklärt hat – die Herr Mollet einberufen hatte –, er würde jeden Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland auf das herzlichste begrüßen, und kein Vertrag könne ihm weit genug gehen.²⁶

Nun ist da insofern für die deutschen Sozialdemokraten ein Haar in der Suppe, als einmal die französischen Sozialisten gegen den deutsch-französischen Vertrag stimmen werden, aber nicht etwa aus Animosität gegenüber Deutschland, sondern aus Animosität gegen die Regierung de Gaulle. Nun können nicht gut – man muß das menschlich verstehen – die deutschen Sozialdemokraten frank und frei in einer so wichtigen Sache anders stimmen als ihre französischen Kollegen. Es kommt noch hinzu, daß die Aussichten der Labour Party für die nächsten englischen Wahlen sehr günstig sind, wenn auch diese Wahlen erst im Herbst 1964 stattfinden.²⁷ Bis dahin kann also noch mancherlei passieren. In der Stimmung der englischen Wähler ist es so – darin stimmen wohl alle überein, die die Engländer kennen und die England in

26 Wehner berichtet in der SPD-Fraktionssitzung am 5. März über die Diskussion des deutsch-französischen Vertrags bei der Zusammenkunft der Parteivorsitzenden der Sozialistischen Internationale am 23./24. Februar 1963 in Brüssel (SPD-Fraktion S. 259 f.). – Guy Mollet (1905–1975), französischer Politiker, seit 1944 Bürgermeister von Arras, 1956–1957 Premierminister, 1946–1969 Vorsitzender der Sozialistischen Partei.

27 Aus den Unterhauswahlen in Großbritannien vom 15. Oktober 1964 gingen die Konservativen mit 43,4 %, die Labour Party mit 44,1 % und die Liberalen mit 11,2 % hervor. Harold Wilson bildete eine Regierung der Labour Partei (AdG 1964 S. 11485 f.).

der letzten Zeit besucht haben –, daß z.Z. die Aussichten der Labour Party größer sind als die der Konservativen Partei.

Ich möchte nachher noch einige Worte über den deutsch-französischen Vertrag sprechen. Nun komme ich auf die Landtagswahlen zurück und damit auf die Bundestagswahl im Jahre 1965. Wir müssen uns wirklich etwas einfallen lassen für die Wahl 1965. Sie wissen, daß die Sozialdemokraten sehr gerne Verbindungen anknüpfen mit kirchlichen Stellen. Das ist ihnen auch in großem Maße mit evangelischen Stellen gelungen, aber in nicht unerheblichem Maße auch mit katholischen kirchlichen Stellen, und zwar mit Bischöfen – ich könnte sie Ihnen aufzählen, aber ich muß diskret darin sein – und auch zum Teil mit dem jüngeren Klerus. Die Sozialdemokratie geht z. B. auch so weit, daß sie sich in Niedersachsen bereit erklärt hat, ein Konkordat mit dem Päpstlichen Stuhl abzuschließen, und zwar mit einem Entgegenkommen gegenüber den kirchlichen Ansprüchen, wie es bisher noch nicht gezeigt worden ist.²⁸

Es kommt weiter hinzu – und da bitte ich um Nachsicht, wenn ich die Gefühle des einen oder des anderen von Ihnen verletzen sollte –, daß der Schwiegersohn von Chruschtschow, Adschubej²⁹, vom Papst empfangen worden ist, – etwas, was mir ganz unverständlich ist. Das ist das, warum ich vorhin um Entschuldigung bat, wenn ich jemand von Ihnen verletzen sollte. (*Amrehn*: Es kommt noch schlimmer!) Ja, und wenn der Heilige Geist so weit von Rom weggehen sollte, daß auch noch Chruschtschow da empfangen wird, dann wirkt sich das naturgemäß auch bei uns aus. Mehr will ich nicht dazu sagen, aber man muß diese ganze Sache in Betracht ziehen.

Die Wahlen in Italien sind, wenn ich das Datum recht in Erinnerung behalten habe, am 28. April, und zwar werden dort alle Wahlen, angefangen von den Gemeinden bis hinauf zum Parlament, an einem Tage durchgeführt.³⁰ Für uns als Europäer ist der

28 Das Konkordat wurde am 26. Februar 1965 unterzeichnet. Vgl. Nr. 20 Anm. 8. – Zum Verhältnis SPD und Kirche vgl. SPOTTS S. 278–302, hier S. 293 f.; GAULY S. 225–235.

29 Audienz Adschubejs bei Papst Johannes XXIII. am 7. März 1963 (FAZ vom 8. März 1963). – Alexej Ivanowitsch Adschubej (1924–1993), russischer Journalist und Publizist; 1957–1959 Chefredakteur der „Komsomolskaja Prawda“, 1959–1964 der „Iswestija“, 1961–1964 Mitglied des ZK der KPdSU. – DERS.: *Gestürzte Hoffnung. Meine Erinnerungen an Chruschtschow*. Berlin 1990; Daniel KOSTHORST: *Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adschubej-Mission 1964*. In: VfZ 44 (1996) S. 257–293.

30 Bei den Wahlen in Italien zur Abgeordnetenversammlung und dem Senat am 28. und 29. April 1963 erlitt die Democrazia Cristiana Verluste, während die KPI erhebliche Gewinne gegenüber 1958 erzielte: Abgeordnetenhaus: DC 38,3 % (42,4 %), KPI 25,3 % (22,7 %), Sozialisten 13,8 % (14,2 %), Liberale 7 % (3,5 %), Sozialdemokraten 6,1 % (4,5 %), Neofaschisten 5,1 % (4,8 %), Monarchisten 1,7 % (4,8 %), Republikaner 1,4 % (1,4 %), Südtiroler Volkspartei 0,4 % (0,5 %), die Union Valdotaïne 0,1 % (0,1 %) und andere Parteien 0,8 % (1,1 %); Senat: DC 37,23 % (41,2 %), KPI 25,41 % (21,8 %), Sozialisten 14,05 % (14,1 %), Liberale 7,5 % (3,9 %), Sozialdemokraten 6,35 % (4,4 %), Neofaschisten 5,15 % (4,3 %), Monarchisten 1,55 % (5,2 %), Republikaner 0,81 % (1,4 %), Südtiroler Volkspartei 0,4 % (0,5 %), Union Valdotaïne 0,1 % (0,1 %), und andere Parteien 0,9 % (0,8 %) – AdG 1963 S. 10556 f.

Ausgang dieser Wahlen natürlich von Bedeutung, auch vom militärischen Standpunkt aus. Wenn dort die Apertura a sinistra derartig weit ginge, daß eine starke Linke die Regierung übernehme, dann würde das auch die militärische und die politische Lage in Westeuropa erheblich beeinflussen. Das gehört auch zu dem allgemeinen Thema der Unruhe, die diesmal vom Papst und Adschubej ausgeht. Ich habe die Sache, so gut ich konnte, genau verfolgt. Sie werden aber auch gelesen haben, daß der Papst dem Adschubej für Chruschtschow ein Geschenk mitgegeben hat. (*Schmidt*: Das habe ich nicht gelesen! – *Mehrere Zurufe*: Doch!) Es war ein kleines Paket, x-mal versiegelt. (*Schmidt*: Doch keine Bibel!) Die würde er abgelehnt haben. (*Heiterkeit*.) Jedenfalls ist es eine sehr ernste Sache, meine Damen und Herren, die da vor sich geht. Bei der großen Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Nichtkommunismus in der ganzen Welt ist das, was in Rom vor sich geht und nicht angekündigt wird, von erheblicher Bedeutung und nicht dazu angetan, die Unruhe zu beheben.

Die letzten Landtagswahlen haben einen Rückgang der Stimmen für uns, aber ein Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen gebracht, auch deshalb, weil uns die Sozialdemokraten buchstäblich alles gestohlen haben, was bei uns zu stehlen war. Sie haben aus unserem Programm gestohlen, sie haben uns auch alle „Uniformen“ gestohlen. Und jetzt gehen sie an den Papst, und den holen sie uns auch noch weg.³¹ Wir müssen uns also tatsächlich etwas Neues einfallen lassen. Ich glaube nicht, daß wir vor der Wahl 1965 nur sagen können: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht, obgleich ich es – unter uns gesagt – glaube. Ich bin überzeugt, daß in dem Augenblick, in dem die Sozialdemokratie die Entscheidung im Bundestag in der Hand hätte, eine ganz andere Politik einsetzen würde. Es ist bei den Sozialdemokraten doch so: Im Bundestag sitzen vorne in der ersten Reihe die Herren Deist³², Möller³³, Erler usw., aber nach den Hinterbänklern wird nicht gefragt.

Wie es in den Gewerkschaften aussieht, das ist eine ganz andere Frage. Die Gewerkschaften sind in ihrem Einfluß auf die Haltung der Partei der SPD von außerordentlich großer Bedeutung. Die Gewerkschaften sind das Fundament ihrer ganzen Macht.

Nun stehen uns zwei Landtagswahlen bevor, und zwar zunächst am 31. März in Rheinland-Pfalz. Soviel ich weiß, sind unsere Aussichten dort gut. Ich habe das von

31 Nach zunächst indirekten Kontakten empfing schließlich am 4. März 1964 Papst Paul VI. eine Delegation der SPD in Privataudienz. Ihr gehörten an der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Fritz Erler, der Kulturbbeauftragte Waldemar von Knoeringen und die Bundestagsabgeordneten Ernst Paul und Peter Nellen sowie der Sekretär des Parteivorstandes Alexander Kohn-Brandenburg (AdG 1964 S. 11098; SOELL S. 857–870).

32 Dr. Heinrich Deist, (1902–1964) Wirtschaftsprüfer; 1953–1964 MdB (SPD), 1958–1964 stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

33 Dr. Alex Möller (1903–1985), 1961–1976 MdB (SPD), 1969–1971 Bundesfinanzminister. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 121 Anm. 33.

Rednern gehört; aber auch die Umfragen von EMNID und Allensbach haben Resultate für Rheinland-Pfalz gezeitigt wie nie zuvor.³⁴ Dann kommt anschließend die Wahl in Niedersachsen.³⁵ Diese Landtagswahl in Niedersachsen kann einem Sorge machen. Ich war selbst Vorsitzender der CDU der Britischen Zone, und solange ich zurückdenke, hat uns Niedersachsen immer Sorge gemacht. Dort waren drei Landesparteien, und zwar die Landespartei von Oldenburg, von Hannover und von Braunschweig. Diese drei Landesparteien haben wir nie zusammenbekommen. Sie sind auch jetzt noch immer da.

Ich war am letzten Samstag in Oldenburg.³⁶ Ich kann nur sagen, dort war eine Versammlung, wie sie etwa in den Jahren 1953, 1954 gewesen ist, so gut besucht und eine ausgezeichnete Stimmung. Es war wirklich herzerfrischend, nach all den Schwierigkeiten, die wir erleben müssen, einmal zu sehen, wie gerade in Oldenburg unsere Partei lebendig war und welche Stimmung dort herrschte.

In Rheinland-Pfalz ist es ähnlich. In Niedersachsen scheint es aber nicht gelungen zu sein, mit den DP-Leuten auf dem Lande ins reine zu kommen. Die Frage, warum das nicht geschehen ist, kann man von draußen nur schwer beantworten. Ich habe Herrn Hellwege³⁷ bei mir gehabt, und zwar zweimal, und auf ihn gut eingeredet. Herr Hellwege ist aber ein Niedersachse und hat einen dicken Kopf. Da ist nichts zu machen. Er hat ausdrücklich erklärt, er sei gekränkt durch die Behandlung, die ihm die CDU habe angedeihen lassen. Von seiten der CDU wird das aber bestritten. Sie sagen, sie hätten getan, was sie konnten, aber er habe nicht gewollt. Kurz und gut, in Niedersachsen sieht die Sache zweifelhaft aus.

Nun habe ich Ihnen das Ergebnis einiger EMNID-Zählungen mitgebracht, die sich auf die Situation der CDU insgesamt erstrecken:

34 Im Allensbacher Archiv nicht zu verifizieren. – Die EMNID-Umfrage (Bundes- und landespolitische Probleme in Rheinland-Pfalz vom Februar 1963, II. Spezial-Erhebung S. X) ergab: CDU 50 % (Ergebnis 44,4 %), SPD 37 % (40,7 %), FDP 12 % (10,1 %). – Wahl am 31. März 1963. Peter Altmeier (CDU) bildete eine Regierung aus CDU und FDP.

35 EMNID stellte bei seiner Umfrage fest: „Dabei fällt auf, daß insbesondere über die CDU die Vorstellungen sehr blaß sind.“ (Motive und Einstellungen der niedersächsischen Bevölkerung. Eine Untersuchung zur bevorstehenden Landtagswahl 1963 S. 64). Die Umfrage (Die Meinungslage in Niedersachsen vor den Landtagswahlen 1963, April 1963 S. V) ergab: SPD 54 % (Ergebnis 44,9 %), CDU 27 % (37,7 %), FDP 10 % (8,8 %), GDP 5 % (3,7 %), DP 4 % (2,7 %). – Wahl am 19. Mai 1963. Georg Diederichs (SPD) bildete eine Regierung aus SPD und FDP.

36 Abschlußkundgebung des CDU-Parteitages am 9. März 1963 (TERMINKALENDER).

37 Heinrich Peter Hellwege (1908–1991), 1955–1963 MdL Niedersachsen. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 14 Anm. 48. – Hellwege hatte am 20. Februar 1963 einen Gesprächstermin mit Adenauer (TERMINKALENDER). Ein weiterer Termin konnte nicht ermittelt werden.

	Dezember 1962	Februar 1963
CDU	43 %	49 %
SPD	44 %	41 %
FDP	6 %	6 %

Die FDP ist also eine sehr stabile Partei. Vielleicht wird es sie interessieren, daß zur gleichen Zeit Rheinland-Pfalz über 50 % aufzuweisen hatte. Deshalb haben wir auch die Hoffnung, daß es da gutgehen wird.

Was die Politik des Bundeskanzlers angeht – das darf ich auch einmal anführen –, so wurde sie gebilligt im Dezember 1962 von 38 %, im Februar 1963 von 47 %. Das sind an sich alles günstige Ziffern, aber bis zur nächsten Bundestagswahl haben wir noch schwierige außenpolitische, wirtschaftliche und finanzielle Hindernisse zu überwinden. Die anderen Parteien, vor allem die Sozialdemokratie, werden weiter arbeiten, so daß für uns eigentlich nur der feste Entschluß übrigbleibt, mit ganzer Kraft zu arbeiten, damit wir die Wahl im Jahre 1965 gewinnen.

Lassen Sie mich zu den Wahlen von 1965 noch ein Wort sagen. Unsere Partei eignet sich sehr schlecht dazu, in der Opposition zu stehen. Man muß diesen Dingen ins Auge sehen. Wir haben doch so viel verschiedene Richtungen in unserer Partei, daß die CDU in der Opposition sehr schweren Gefahren ausgesetzt sein wird. Und wenn die Wahl 1965 uns in die Opposition brächte, dann weiß ich wahrhaftig nicht, wie unsere Partei in den darauffolgenden Jahren aussehen und ob sie nicht zu Splitterparteien wird. Gerade – das darf ich in diesem Zusammenhang sagen – bei den Gedanken unserer Kollegen Lücke und von Guttenberg wegen der großen Koalition war für mich das Entscheidende die Einführung eines anderen Wahlrechts. Die Einführung eines anderen Wahlrechts würde für eine nicht abzuschätzende Zeit die CDU davor bewahrt haben, in Splitterparteien auseinanderzufallen, weil keine Splitterpartei irgendeine Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Die Verfolgung dieses Zieles stand also unter dem Gesichtspunkt, zusammen mit der SPD dieses neue Wahlrecht einzuführen, so daß ein sehr großer politischer Ausblick für die Sicherheit unserer Partei vorhanden war.

Nun, das ist fehlgegangen. Ich weiß, daß in einem kleinen Kreis unserer Partei – ich hoffe, in einem kleinen Kreis – der Gedanke schwebt, überhaupt eine große Koalition herbeizuführen. Das, meine Herren, wäre nach meiner Überzeugung der Schlußstrich unter unsere Partei; denn das würde unsere Partei bei ihrer Zusammensetzung nicht ertragen und nicht aushalten.

Auch das Zentrum, das naturgemäß viel geschlossener war als die CDU – man darf nie vergessen, daß es aus dem Kulturkampf hervorgegangen war und durch religiöse Empfindungen und Überzeugungen zusammengehalten wurde –, hat bei Koalitionen mit der SPD im Reichstag immer die Zeche bezahlen müssen.³⁸ Wenn Sie einmal die

³⁸ Vgl. zu den Wahlergebnissen der Weimarer Republik: Alfred MILATZ: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. 2. Aufl. Bonn 1968.

ganze Weimarer Zeit durchgehen, werden Sie finden: Es hat die Zeche bezahlt. Ich habe mir über diese Frage – nicht im Zusammenhang mit den Herren Lücke und von Guttenberg, sondern überhaupt – den Kopf zerbrochen, aber ich finde keine andere Erklärung als die: Wir sind zu anständig, um nicht zu sagen, wir sind zu weich. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Aber die Sozialdemokraten, auch in einer Koalition, sind viel härter in ihren Forderungen als die CDU-Leute. Deshalb meine ich, daß eine große Koalition CDU/CSU-SPD für unsere Partei ein Verderben wäre und daß wir diesen Weg niemals einschlagen dürfen.

Ich habe eben die CSU erwähnt. Die CSU ist eine Schwesterpartei. Doch auch unter Schwestern und Brüdern gibt es manchmal Meinungsverschiedenheiten. Man soll sich auch aus solchen Streitigkeiten möglichst heraushalten, damit diese ihren Streit unter sich austragen können. Aber ich bedaure doch sehr, feststellen zu müssen, daß die Gegensätze innerhalb der CSU noch keineswegs ausgeglichen sind. Höchstwahrscheinlich wird es bei der Wahl des Vorsitzenden der CSU im Juni oder Juli zu erbitterten Kämpfen innerhalb der CSU kommen.³⁹ Und erbitterte Kämpfe haben noch niemals einer Partei gutgetan. Das ist sehr schade, aber es wird dazu kommen. Die CSU, deren Stimmen ja auch für uns von großer Bedeutung sind, wird hoffentlich aus diesen Kämpfen unzerissen hervorgehen, das heißt ohne, daß sich Teile absplittren werden; denn der Fortfall dieser Stimmen würde sich höchstwahrscheinlich bei der Bundestagswahl im Jahre 1965 für uns sehr ungünstig auswirken.

Sie sehen also, daß die innenpolitische Situation, vor allem im Hinblick auf die finanzielle Lage, die für die Jahre 1964 und 1965 außergewöhnlich ernst wird – ich übertreibe in keiner Weise –, große Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Wir müssen deshalb sehr intensiv arbeiten, um oben zu bleiben.

Lassen Sie mich da sofort zwei Sachen anschneiden; einmal die Wahl des Bundeskanzlers. Wahrscheinlich haben Sie doch schon auf dieses Wort gewartet. Ich habe dieses Wort hiermit ausgesprochen. Sie kennen ja die rechtliche Lage. Der Bundeskanzler wird gewählt durch die Mehrheit des Bundestages, aber der Bundespräsident hat ein Vorschlagsrecht. Es sind im Grundgesetz noch weitere Bestimmungen enthalten über die Rechte des Bundestages, die eventuell zu einer Auflösung des ganzen Bundestages führen können. Ich wiederhole: Das muß man ins Auge fassen bei der ganzen Sache; aber unserer Fraktion gebührt als der stärksten Fraktion des Hauses doch eine präponderierende Stellung. Dabei sind die Rechte des Bundespräsidenten durchaus zu wahren, und man wird rechtzeitig mit ihm sprechen müssen.

Nun hat unsere Bundestagsfraktion ihren Vorsitzenden, Herrn von Brentano, damit beauftragt, Gespräche zu führen⁴⁰, um sich einen Überblick zu verschaffen und einen

39 Bei der Wahl des CSU-Landesvorsitzenden am 6. Juli 1963 erhielt Strauß nur 559 der 706 abgegebenen Stimmen. Die Streitigkeiten vor der Wahl entzündeten sich an einem Brief der Katholischen Aktion, die die CSU vor Entscheidungen warnte, die Katholiken der CSU entfremden könnte. Dieses Schreiben wurde als Stellungnahme kirchlicher Kreise gegen eine Wiederwahl von Strauß verstanden (AdG 1963 S. 10708 f.).

40 Auftrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 5. März 1963 (ACDP VII-001-1009/2).

guten Vorschlag, sobald er könne, in der Fraktion zu machen, damit nun auch im Lande Ruhe einzieht und man dieses Thema verlassen kann. Als im Jahre 1949 zum erstenmal ein Bundeskanzler gewählt wurde, hatten wir noch keine Bundespartei, sondern nur Landesparteien. Infolgedessen konnte niemand beanspruchen, irgendwie auch Gehör zu finden bei der Meinungsbildung der Fraktion. Bei der späteren Wahl des Bundeskanzlers ergab sich etwas automatisch, daß man den früheren nahm. Man ersparte sich manchen Ärger, und die Sache ging weiter. Aber das nimmt nun einmal ein Ende.

Nun ist von einer Reihe von Seiten der Wunsch an mich herangetragen worden – ein Wunsch, den ich für durchaus berechtigt halte –, daß auch die Bundespartei irgendwie die Möglichkeit haben solle, sich mit dem Herrn, dem die Fraktion diese Aufgabe anvertraut hat, Herrn von Brentano, auszusprechen über das, was geschehen soll. Ich möchte Ihnen vorschlagen – das war mit einer der Hauptbeweggründe, warum ich Sie heute hierher gebeten habe –, einen kleinen Ausschuß zu wählen, aber nicht mit dem Auftrag, etwa der Fraktion oder dem Beauftragten der Fraktion Vorschläge zu machen; denn man muß die Rechte der Fraktion wohl beachten und darf ihr nicht zu nahe treten. Sie hat auch die Verantwortung. Aber ich könnte mir auf der anderen Seite vorstellen, daß es der Fraktion und ihrem Beauftragten doch auch sehr angenehm wäre, wenn er einen Ausschuß hätte, der vom Bundesparteivorstand bestellt wird, mit dem er sich aussprechen könnte, damit nicht hinterher eine Diskrepanz entsteht zwischen Meinungen, die sich in der Bundestagsfraktion bilden und solchen draußen im Lande innerhalb der Partei.

Ich habe einen zweiten Grund, warum ich Sie hierher gebeten habe: Wir haben auf unserem Parteitag in Dortmund ein Präsidium geschaffen. Nun, der Name ist schön, und die Mitglieder sind auch schön in ihrer Art. (*Heiterkeit.*) Ich habe die Ehre, der Vorsitzende zu sein. Aber das Präsidium ist zu schön, es sind nämlich zu viele Bundesminister da drin. Vor allem aber – das scheint mir notwendig zu sein – muß die Leitung der Partei mehr in Fühlung kommen mit dem – ich weiß jetzt keinen besseren Ausdruck, sie werden ihn billigen – Wählervolk und denen, die dem Wählervolk sehr nahe stehen, also mit den Landesparteien. Ich möchte den Gedanken auch einmal zur Diskussion stellen und hören, wie Sie da helfen können. Später müßte das natürlich zur Kenntnis eines Parteitages gebracht werden. Man hat sich in früheren Jahren dadurch zu helfen gesucht, daß die Landesvorsitzenden einberufen worden sind, um mit der Zentrale über die ganzen Vorgänge im Lande und über das, was man tun soll und nicht tun soll, auf dem Laufenden zu bleiben. Der Kreis der Landesvorsitzenden hat sich sehr bewährt⁴¹, so ist mir gesagt worden, ist aber durchaus illegitim; er hat sich selbst gezeugt. Nicht einmal ein Vorstand hat dabei mitgewirkt. Vielleicht sind auch so viele Landesvorsitzende zusammen mit den Mitgliedern des Präsidiums ein zu großer Kreis. Ich wäre Ihnen daher dankbar,

41 Die nächste Landesvorsitzendenkonferenz fand am 22. März 1963 in Bonn statt. Protokoll in ACDP VII-004-033/2.

wenn Sie auch über diese Frage sprächen und sich dann darüber entscheiden würden. Nach meiner Meinung sollte man vier, sechs, sieben oder acht nehmen. Aber darauf kommt es nicht an, die Hauptsache ist, daß immer alle kommen. Sie wissen genau wie ich, das gehört zu unserer parlamentarischen Demokratie, je größer ein Kreis ist, desto weniger kommen die Leute, weil sie die Verantwortung für sich selbst nicht so empfinden, je größer der Kreis ist, dem die Gesamtverantwortung übertragen wird. Das ist der Grund. Das hat mit Persönlichkeiten gar nichts zu tun.

Damit bin ich an den Schluß meiner Ausführungen gekommen. Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, Ihnen einen Überblick über die außenpolitische, die innenpolitische und die finanzielle Lage zu geben. Ich habe von der Bundeskanzlerwahl gesprochen und Sie gebeten, einen kleinen Ausschuß zu kreieren, der dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion zur Verfügung steht, und endlich, das Präsidium dadurch etwas aufzufrischen, daß Leute hineinkommen, die nicht nur mit der Bundespolitik zu tun haben, sondern die auch wissen, was in den Ländern gespielt wird und was die Wähler von der Bundespartei wollen. *(Beifall.)*

Das Wort hat Herr Dr. von Brentano.

Von Brentano: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Sie haben meinen Auftrag erwähnt. Ich möchte deswegen nur einige wenige Sätze sagen. Sie wissen alle, daß dieser Auftrag sehr schwierig ist. Ich war trotzdem froh, daß sich die Fraktion dazu entschlossen hat, weil ich glaube, daß das die einzige Möglichkeit war, um die öffentliche Diskussion dieses Problems durch die Mitglieder unserer Partei und unserer Fraktion zum Schweigen zu bringen. Dies hat uns mehr geschadet als die ganze Form der Diskussion.

Wir stellen fest, nachdem wir jetzt schweigen, schweigt auch die Presse. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich den entscheidenden Wert darauf lege – selbstverständlich für die Fraktion –, im völligen Einvernehmen mit dem Bundesvorstand zu handeln. Es ist ganz klar, daß solche Entscheidungen von uns gemeinsam vorbereitet werden müssen.

Deshalb begrüße ich die Anregung, die ich etwas modifizieren möchte. In der Fraktion hat man bewußt davon abgesehen, einen Ausschuß zu bilden. Ich möchte hier anregen, daß der Bundesvorstand seinen Geschäftsführenden Vorsitzenden als meinen Gesprächspartner bestellt. Daß wir hier selbstverständlich zu einem entsprechenden Zeitpunkt über die Dinge mit Ihnen sprechen müssen, ist klar. Aber wir kommen weiter, wenn auch der Bundesvorstand einen Vertreter, so wie die Fraktion einen beauftragt hat, benennt. Das ist meine Anregung. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Dichtel.

Dichtel: Ich möchte die letzte Anregung unterstützen. Als seinerzeit die Fraktion diesen Beschluß gefaßt hat, hat es draußen im Lande so ausgesehen, als wenn dies das alleinige Entscheidungsrecht der Fraktion wäre. Sie haben auch in der Presse gelesen, daß bestimmte Kommentare daran geknüpft worden sind, insbesondere hinsichtlich des Geschäftsführenden Vorsitzenden. Das ist zwar nicht gewollt gewesen, das war nicht beabsichtigt, aber es kam für uns draußen so zum Ausdruck.

Nun möchte ich als langjähriger Landesvorsitzender sagen, die Parteien haben als Staatsträger in dieser Frage ein entscheidendes Wort zu sprechen. Selbstverständlich trägt die entscheidende Verantwortung die Bundestagsfraktion, aber die Parteien, die aufgrund ihrer ganzen Art letzten Endes doch die Träger sind, können bei dieser Frage nicht ausgeschaltet werden. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Deshalb begrüße ich Ihre Anregung und Erklärung, Herr von Brentano. Eine weitere Kommission würde ich nicht für gut halten, denn das würde zu neuen Schwierigkeiten führen. Es würde zumindest neu gesucht und gefragt, was steckt dahinter. Das aber sollte alles vermieden werden. Dafür haben wir ja auf dem letzten Parteitag in Dortmund klar und eindeutig in der Person des Herrn Dufhues das Organ geschaffen, und zwar sollten Sie mit ihm als dem Vertreter des Vorstandes der Partei die Dinge beraten und anpacken.

Auf alle Fälle möchte ich noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen, an der Partei kann man bei dieser gestaltenden Frage nicht vorbeigehen. Dabei möchte ich den Herren Bundestagsabgeordneten sagen: Ihr Recht in Ehren, Ihre Situation in Ehren; das ist alles in Ordnung, aber letzten Endes beginnt erst das Herz eines Bundestagsabgeordneten zu schlagen, wenn er von der Partei nominiert, herausgestellt und im Wahlkampf getragen wird. (*Beifall.*)

Adenauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (*Amrehn:* Doch!) Das Wort hat Herr Amrehn.

Amrehn: Der Herr Bundeskanzler hat die Landtagswahl in Berlin⁴² in einer Weise übergangen, daß man den Eindruck haben könnte, er wolle mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe eine Niederlage zudecken, über die hier gar nicht erst gesprochen werden soll. Ich halte es trotzdem für notwendig und darf mich an dieser Stelle einschalten, damit für die übrige Debatte eine kleine Denkpause eintritt, wie man über diesen Punkt entscheiden soll.

Für die breite Öffentlichkeit ist der Ausgang der Wahl in Berlin in der Tat eine große Enttäuschung gewesen, die so stark gewesen ist, daß hinterher in Berlin niemand mehr sozialdemokratisch gewählt haben wollte. Man empfindet die Mehrheit der Sozialdemokratie mit 62 % heute als so stark, daß ein kleiner Schock darüber eingetreten ist und es zu Leserzuschriften geführt hat, die etwa darauf hinausliefen, daß man sagt: Berlin hat jetzt ein Recht, sozialdemokratisch regiert zu werden, und sogar die Pflicht, sich sozialdemokratisch regieren zu lassen.

Dieser Ausgang der Wahl war seit langer Zeit voraussehbar. Wenn man den demoskopischen Untersuchungen Glauben schenkt, muß ich sagen, daß ich in meinem Vertrauen zu diesen demoskopischen Untersuchungen erheblich bestärkt worden bin, seitdem ich erlebt habe, daß das Wahlergebnis fast genau mit den Ergebnissen übereinstimmt, die wir im November und Dezember vergangenen Jahres, also lange vor Beginn des Wahlkampfes, getestet hatten. Es ist sicher richtig, daß während des

42 Vgl. Nr. 7 Anm. 90.

Verlaufs des Wahlkampfes die Ereignisse um den gescheiterten Chruschtschow-Besuch⁴³ die öffentliche Meinung in Berlin ganz ungewöhnlich bewegt haben. Bei einer oberflächlichen Betrachtung könnte man meinen, daß das der entscheidende Vorgang gewesen sei, der der CDU geschadet und ihr die Verluste eingebracht habe. Man mußte aber nach den Untersuchungen schon wissen, daß wir eine Reihe von gut verdienenden Leuten aus den Mittelschichten mit einem Verdienst von etwa DM 1.200,-, die früher CDU gewählt haben, an die Sozialdemokratie verloren haben. (Zuruf: An die FDP!) Nein, an die FDP fast gar nichts. Die ist gestiegen von 4 auf 7,5 %. Es sind die DP und FDV⁴⁴ aufgelöst worden. Ich glaube, daß sich daraus der relativ geringe Anstieg der FDP erklärt. Ich gebe nur wieder, was wir aus den Untersuchungen bereits im Dezember gewußt haben. Da ist höchst bemerkenswert, daß die Sozialdemokratie aus dem katholischen Lager in Berlin erhebliche Stimmen gewonnen hat. Die dritte Gruppe, die noch stärker zur SPD hinübergegangen ist, ist die Beamtenschaft, die stärker als bisher sozialdemokratisch gewählt hat. Man kann dafür als eine der Ursachen sicher auch anführen, daß die CDU im November und Dezember mit der SPD über eine Regierung gesprochen hat und wir damit der SPD einen zusätzlichen Auftrieb verschafft haben.

Um das Wahlergebnis wirklich beurteilen zu können, muß man wissen, daß wir in den dreieinhalb Jahren seit der letzten Wahl von 1958 unseren Stand im Verhältnis zur SPD immer gewahrt haben. Das Verhältnis war regelmäßig bis zum Sommer 1962 60:40. Wir haben dann im Verlaufe von fünf Monaten – vom Juli 1962 bis Dezember – ein Viertel der vermutlichen Wählerschaft verloren. Im Dezember war das Befragungsergebnis 70:30. Ich kann nur sagen, daß es in diesen fünf Monaten in Berlin kein Ereignis gegeben hat, das irgendwie gegen die CDU hätte sprechen können, so daß also eine solche Entwicklung Motive haben muß, die ganz außerhalb der Berliner Verhältnisse liegen. Ich darf hinzufügen, daß das Unbehagen, das weiterhin empfunden wurde, auch sehr stark bei unseren eigenen Mitgliedern zum Vorschein gekommen ist. Hier darf ich aufzählen die Diskussion um die Kanzlernachfolge, die zwei Regierungsbildungen, die Fibag-Geschichte und die „Spiegel“-Affäre. Übrigens ist auch hochinteressant, daß die Auseinandersetzungen um den „Spiegel“ im Bundestag in Berlin wie nirgendwo sonst in Deutschland eine lebhafte Diskussion ausgelöst und das politische Bewußtsein beeinflußt haben; das sind alles EMNID-Feststellungen, so daß sich daraus eine Reihe von Momenten erklärt, die zu dem Ergebnis vom Februar 1963 geführt haben.

43 Das für den 17. Januar 1963 geplante Gespräch zwischen Chruschtschow und Brandt wurde von Brandt abgesagt, weil die CDU in Berlin mit der Lösung der Koalition mit der SPD gedroht hatte, für den Fall, daß das Gespräch stattfinde (AdG 1963 S. 10361).

44 Die Freie Deutsche Volkspartei hatte sich am 2. August 1957 in Berlin aus der Freien Volkspartei (Abspaltung von Mitgliedern der FDP 1956) gebildet, war jedoch bei Wahlen erfolglos geblieben (vgl. Ströss 1 S. 1078–1081).

Genaugenommen ist das erzielte Ergebnis sogar um einiges günstiger, als es im Januar oder Dezember noch zu befürchten war. Das ist zwar ein sehr schlechter Trost, meine Damen und Herren, aber wenn man den Dingen auf den Grund gehen will, muß man es wissen und dabei auch zur Kenntnis nehmen, daß wir seit eineinhalb Jahren in Berlin, seitdem Herr Brandt Bundeskanzler hat werden wollen, die Auseinandersetzung nicht im alten Stile geführt haben, für die Zukunft wieder eine Koalition anzubieten, sondern durchaus auf Gegensatz gearbeitet und Meinungsunterschiede herausgestellt haben, die es auch wirklich gibt, selbst in den Bereichen der künftigen Berlin-Politik, Unterschiede, über die in den nächsten Wochen im Abgeordnetenhaus noch deutlich gesprochen werden muß.

In der Partei in Berlin hat es, von ganz wenigen Gegenstimmen abgesehen, keine Meinungsverschiedenheit darüber gegeben, daß die CDU, ob sie will oder nicht, möchte ich beinahe sagen, in die Opposition zu gehen habe. Wir haben schon vor vier Jahren die Diskussion führen müssen und haben damals der Ansicht zum Durchbruch verholfen, daß nach dem Ultimatum⁴⁵ die Koalition wieder hergestellt werden solle. Diesmal ist kein ernstes Gespräch mehr Gegenstand der Beratungen gewesen.

Nun hat jemand gesagt: Wenn wir jetzt in die Opposition gehen, reiten wir die CDU zu Tode. Die CDU ist nicht für die Opposition geschaffen. – Ich kann nur sagen, wenn wir uns entschlossen hätten, in die Koalition zu gehen, hätten wir eine Reihe von Mitgliedern verloren, während wir jetzt Beitritte zu verzeichnen haben. Auch das möchte ich Ihnen sagen. Und wenn uns diese Wahlniederlage in irgendeiner Beziehung Mut gibt, so ist es die Tatsache, daß die Partei wie selten zuvor in dieser Frage ganz geschlossen beieinander steht. Ich glaube, daß das wichtig ist und daß wir damit eine Aufgabe übernommen haben, in der wir noch ungewohnt sind, in der wir aber möglicherweise mehr Einfluß gewinnen können als in einer Koalition, in der wir uns praktisch in allen Fragen haben überstimmen lassen müssen, und zwar im Interesse der äußeren Gemeinsamkeit.

Herr Brandt hat größten Wert darauf gelegt, mit der FDP ins Geschäft zu kommen. In der FDP war die Beteiligung gar nicht umstritten; obwohl ihr nach dem d'Hondtschen System nur 1,4 Senatoren zustanden, hat sie drei Senatoren verlangt, widrigenfalls sie nicht mitmachen würde, und die Sozialdemokratie hat diese Bedingung angenommen. Herr Brandt ist also darauf aus gewesen, unbedingt mit der FDP eine Koalition zu bilden. Dazu muß man wissen, daß Herr Brandt selbst nach seiner eigenen inneren Einstellung schon immer schwere Vorbehalte gegen die CDU gehabt hat und immer eine gewisse Neigung, mit der FDP zu koalieren.

Aus Erfahrung darf ich sagen, daß ich ihn vor fünf Jahren gefragt habe, als er zum erstenmal den Senat bildete, ob er sich überhaupt zu einem loyalen Verhalten gegenüber der CDU in der Lage sehe; denn ich wüßte, daß er selbst viel lieber eine Verbindung mit der FDP suche. Daraufhin hat er mir gesagt: Das ist richtig, aber das

⁴⁵ Berlin-Ultimatum von Chruschtschow vom 27. November 1958. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 266 Anm. 10.

lasse ich nur für den Bund gelten. In Berlin habe die Tradition der Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU sich so entwickelt, daß er selber auch diese Tradition fortsetzen wolle. Mir ist dieses Gespräch jetzt wieder in den Sinn gekommen. Ich sage das, damit Sie besser verstehen, worauf Herr Brandt, der sich innerparteilich mit dem Wahlausgang wieder eine starke Position geschaffen hat, hinaus will. Er wird sich von nun an viel mehr frei machen als bisher in Berlin. Mein Amtsnachfolger hat beinahe alle Vollmachten des Regierenden Bürgermeisters bekommen. Herr Brandt wird künftig jede Woche hier in Bonn sein. Man muß einfach sehen, daß er eine innere Neigung hat, eine Verbindung zur FDP herzustellen, zumal er selbst gefühlt hat bei den Gesprächen im Dezember mit der CDU, wie wenig wir mit im Spiele sind. Er sieht seine eigene Zukunft in Bonn durch eine Verbindung mit der FDP wesentlich gestärkt und gesichert.

Ich bin der Meinung, daß wir einen großen Fehler begingen, wenn wir die Verbindung zur SPD noch einmal suchen sollten. Es ist vielleicht sogar eine gute Konsequenz des harten Berliner Wahlausganges, daß wir uns zu einer Haltung entschließen mußten in Berlin, die die Opposition zur SPD bedeutet und in der Bundes-CDU den Weg frei macht zu einer Lösung, die sich von den Gedanken im Dezember – da sie nicht mehr verwirklicht werden können – trennt und auf andere Weise versucht, 1965 ihre Position im Bund zu behaupten.

Adenauer: Herr Amrehn! Ich habe von Berlin bisher deshalb nicht gesprochen, weil ich noch besonders darüber sprechen wollte, aber nicht deshalb, weil ich das Ergebnis nun als gegebene Tatsache hinnehme. Da aber nun dieses Thema angeschnitten worden ist, damit die Herren – wie Herr Amrehn es schon gesagt hat – über den anderen Punkt nachdenken konnten, weiß ich nicht, ob wir nun die Diskussion über Berlin jetzt fortsetzen oder nachher darauf zurückkommen sollen. Wenn wir es jetzt fortsetzen, dann konzentrieren wir uns nicht mehr genug auf den anderen wichtigen Punkt. Ich möchte mir aber vorbehalten, noch darauf zurückzukommen. Das Wort hat nun Herr Bauer⁴⁶ von der CSU.

Bauer: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir sind erfreulicherweise bei den Betrachtungen, die der Herr Bundeskanzler über die innenpolitische Lage angestellt hat, auch als seine Sorgenkinder genannt worden. Deshalb fühlen wir uns angesprochen. Herr Bundeskanzler! Ich möchte Ihnen zunächst sehr herzlich danken, daß Sie dieses Thema hier in diesem Kreis angesprochen haben; denn wir sind der Meinung, daß es in diesem Kreis angesprochen werden muß, weil es hierhin gehört.

Wenn es irgendwo in der Union, sei es in der CSU oder in der CDU, einen Ärger in der Familie gibt, dann sollte er als Familienstreit innerhalb der Partei ausgetragen werden, aber nicht in der Öffentlichkeit. Insofern danken wir sehr herzlich, Herr Bundeskanzler, daß Sie damit ein Beispiel dafür gegeben haben, wie und wo derartige Dinge bereinigt und besprochen werden müssen.

46 Josef Bauer (1915–1989), Molkereibesitzer und Landwirt; 1953–1969 MdB (CSU), 1970–1972 Landrat Kreis Wasserburg.

Ich darf aber nun zur Sache kurz folgendes berichten: Sicherlich haben wir einige Sorgen, die Sie auch angesprochen haben, aber ich darf Ihnen Gott sei Dank berichten, daß die Situation innerhalb der Christlich-Sozialen Union wesentlich besser ist, als Sie befürchtet haben, und sicherlich entscheidend besser ist, als sie in der öffentlichen Meinungsbildung dargestellt wird. Ich darf dafür ein paar Dinge zum Beweis anführen. Ich habe das Vergnügen gehabt, sieben Wochen lang als Vertreter von Herrn Strauß der Landesgruppe in Bonn vorzustehen.⁴⁷ Ich darf Ihnen berichten, daß dort Gott sei Dank die sachliche Arbeit wieder in den Vordergrund getreten ist, daß die Gruppe Fuß gefaßt und Vertrauen gefunden hat.

Ich darf hier für die Landesgruppe berichten, daß jetzt das Schlimmste überwunden ist. Ich darf Ihnen weiter sagen, wir sind froh, daß wir den Fall „Guttenberg“⁴⁸ soweit bereinigen konnten, daß er hoffentlich nicht noch einmal wieder auflebt. Beide Kontrahenten sind z.Z. in Urlaub, der eine ist schon lange fort, der andere ist jetzt in Urlaub gegangen. Wir hoffen, daß sie beide mit löblichen Voraussetzungen aus dem Urlaub zurückkommen werden. (*Beifall.*) Ich darf noch berichten, daß es der Landesleitung sehr schnell gelungen ist, diesen kleinen Ärger mit den paar Studenten in München⁴⁹ in einer guten Weise zu bereinigen, aber nicht dadurch, daß wir unseren jungen Studenten die Diskussion untersagt haben, sondern sie lediglich gebeten haben, die Diskussion dort zu führen, wo sie geführt werden muß, nämlich innerhalb der Union. Und das ist auch geschehen.

Hinsichtlich der Nachfolge darf ich als besonders erfreulich sagen, zunächst steht die Wahl des stellvertretenden Landesvorsitzenden bevor.⁵⁰ Hier wird es nach meiner Meinung zu einer Lösung kommen, die mit 90 % aller Stimmen mitgetragen wird. Auch der zweite derzeitig amtierende Landesvorsitzende, Eberhard, ist in der Öffentlichkeit sehr viel angegriffen worden. Ich darf berichten, daß der Evangelische Arbeitskreis kürzlich einstimmig beschlossen hat, Eberhard nach wie vor als seinen Exponenten innerhalb der Union zu betrachten. Alle Spekulationen, daß man sich von Eberhard distanzieren wolle, treffen nicht zu.

47 Bauer war von Januar 1963 bis 1969 stv. Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag.

48 Wegen seiner Gespräche mit Wehner über die Bildung einer großen Koalition – mit Wissen Adenauers und ohne Wissen des CSU-Vorsitzenden Strauß – war am 30. November 1962 ein Schiedsverfahren gegen den Bundestagsabgeordneten von Guttenberg beantragt worden. Am 18. Februar 1963 wurde der Antrag vom Landesvorstand zurückgezogen und ein Schweigegebot beschlossen („Süddeutsche Zeitung“ vom 19. Februar 1963 „CSU liquidiert den Fall Guttenberg“). Vgl. auch: Karl Theodor Freiherr von und zu GUTTENBERG: Fußnoten. 5. Aufl. Stuttgart 1972 S. 91–94.

49 Münchener RCDS-Gruppen hatten sich auf einer Pressekonferenz gegen den amtierenden Landesvorstand der CSU gewandt. Besonders Strauß sei „nicht mehr tragbar“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 25. Februar 1963 „Studenten gegen CSU-Führung“).

50 Stv. Landesvorsitzende waren Rudolf Eberhard und Hans Weiß. Bei der Landesversammlung der CSU am 6. Juli 1963 wurden sie wiedergewählt; dritter stv. Landesvorsitzender wurde Ludwig Huber. Vgl. Alf MINTZEL: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972 (Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung 26). Opladen 1975 S. 678.

Schließlich darf ich noch sagen, Herr Bundeskanzler, daß für die voraussichtliche Wahl des Landesvorsitzenden im Juli sich bisher am ganzen Horizont kein Gegenkandidat gegen den bisherigen Landesvorsitzenden Strauß gezeigt hat. Ich habe keine Zweifel, daß das so bleiben wird.

Das alles darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es z.Z. mit der Union so ist, daß jeder von Ihnen sich interessant machen kann, wenn er Politik auf eigene Faust betreibt oder wenn er Politik gegen irgendeinen führenden Mann der Union betreibt. Dann ist er der interessante Mann draußen. Damit zerstört er aber die Einheit der Union. Das ist unser Kreuz, mit dem wir uns z.Z. herumquälen müssen. Von der CSU darf ich sagen, nicht alles, was da geschehen ist, war geboren aus der reinen Sorge um das Wohl der Union. Nicht alles, was einen Anspruch erhoben hat, war auch anspruchsberechtigt. Ersparen Sie mir es bitte, auf Einzelheiten einzugehen.

Herr Bundeskanzler! Ich habe nur eine Bitte, daß wir jene Kräfte fördern, die die innerparteiliche Diskussion dort zu führen beabsichtigen, wohin sie zum Wohle der Partei gehört, daß wir uns aber gegen jene Kräfte stemmen, die glauben, sich dadurch interessant machen zu müssen in der Presse und in der Öffentlichkeit, daß sie unsere Sorgen nach draußen tragen, um somit für ihre eigene Person neuen Auftrieb zu bekommen. Ich darf namens der Schwesterpartei die einzelnen Persönlichkeiten der CDU herzlich bitten, dafür zu sorgen, daß man solchen Einzelgängern nicht in irgendeiner Form verhilft, sich interessant zu machen; denn sonst könnte der Anschein erweckt werden, als ob in der CDU einige Leute wären, die in dieser Richtung denken.

Herr Bundeskanzler! Machen Sie sich also keine großen Sorgen. Ich bin überzeugt davon, daß wir bis zu den Sommerferien alles klar haben in der Union. Ich möchte Ihnen versichern, daß wir die Aufgabe, die Sie sich gestellt haben, selbstverständlich gerne schwesterlich und brüderlich mit Ihnen tragen wollen, wobei wir der Überzeugung sind, daß wir auch einen Weg zur Lösung finden werden. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Sicherlich darf ich im Namen des Vorstandes der CDU unserem Freund Bauer herzlich danken für die ermunternden Worte und auch für den optimistischen Bericht, den er über die Situation der Schwesterpartei gegeben hat. Ich darf diesen Dank verbinden mit einer Anregung, lieber Herr Bauer, nämlich einmal zu überlegen, ob wir im Verhältnis der Schwesterparteien zueinander nicht eine gewisse Parität einführen sollten. Sie wissen, daß wir den Vertreter der CSU von Anfang an gern als Gast im Bundesvorstand begrüßen. Ich bin sicher, daß auch die Christlich-Demokratische Union eine entsprechende Einladung annehmen würde. Vielleicht überlegen Sie in Ihrem Kreis, ob wir auf diese Weise nicht zu einer stärkeren Verbindung und zu einer besseren Abstimmung unserer Auffassungen kommen können. Selbstverständlich kann es der CDU nicht schaden, wenn sie gelegentlich den Honig saugen darf, der bei Ihnen ja in reichlicherer Fülle fließt als in der Christlich-Demokratischen Union. (*Beifall.* – *Bauer:* Darf ich sofort ja sagen, Herr Dufhues.) Ich danke Ihnen herzlich. Die Einladung kommt auch.

SITUATION DER CDU

Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und die von Herrn Amrehn darf ich zum Anlaß nehmen, einiges mehr zu sagen über die Situation der Christlich-Demokratischen Union und am Rande auch der Christlich-Sozialen Union. Sie haben alle kritisch und aufmerksam die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen verfolgt und daraus Schlußfolgerungen gezogen über die Möglichkeiten und Chancen, die wir als Bundespartei – insbesondere mit der CSU – im Jahre 1965 haben werden. Wir trösten uns sehr leicht mit dem Argument, es ist seither so gewesen, daß wir zwischen den Bundestagswahlen ein Tief haben, aus dem wir uns dann aber strahlend wie der Phönix aus der Asche erheben, um jeweils bei der Bundestagswahl dann die Bevölkerung und die Mitwelt durch gute Ergebnisse zu überzeugen.

Lassen Sie mich dazu einige kritische Bemerkungen machen, die auf Zahlen beruhen. Wir haben ein solches Tief zwischen den Bundestagswahlen bisher dreimal erlebt. Aus dem ersten Tief haben wir uns im Jahre 1953 durch ein Plus an Stimmen von 17,4 % erhoben. Das war in der Tat ein überzeugender Beweis dafür, in welchem viel höherem Maße die Bundespolitik unsere Wähler gewonnen hat, als es die Landespolitik aus vielen Gründen auch nicht annähernd vermag. Aus dem nächsten Tief haben wir uns im Jahre 1957 durch ein Plus von 14 % erhoben. Aber das Plus zum Jahre 1961 betrug nur noch 3,2 %. Sie sehen also ein Anwachsen und ein Abschwächen der Kurven. Wir können also nicht erwarten, daß wir uns aus der jetzigen Situation in ähnlicher Weise wieder erheben können, wie dies 1953 und 1957 und in abgeschwächtem Umfange 1961 der Fall gewesen ist.

Vor mir liegt die Kurve der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei, der Freien Demokratischen Partei und unserer Partei, die den Trend aus den Landtagswahlen aufzeigt. Bemerkenswert ist hier die Tatsache, daß wir in nahezu allen Ländern ein zuweilen abgeschwächtes, aber doch stetiges Ansteigen der Sozialdemokratie zu verzeichnen haben, während die Kurve der Christlich-Sozialen Union wesentlich unruhiger verläuft und eine Entwicklung zeigt, die keineswegs jene Festigkeit und Konstanz unter Beweis stellt, die wir unserer Partei wünschen möchten. Ich erinnere in diesem Kreise an die Feststellung, die ich zu Beginn der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen getroffen habe, einem Land, in dem ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik wohnt. Bei den letzten drei Landtagswahlen hat sich die Sozialdemokratie in diesem Land jeweils um etwa 4 % verbessern können. Gerade dieses stetige Ansteigen der Sozialdemokratie in vielen Ländern ist besonders bemerkenswert und auch bei dem an sich guten Verlauf der Landtagswahlen in Bayern zu verzeichnen. Das muß uns unruhig machen; denn das beweist uns, daß wir hier einen Gegner vor uns haben, den wir nicht ernst genug nehmen können und den wir nicht durch einige pauschale Bemerkungen abtun dürfen, sondern mit dem wir uns viel eingehender und konkreter auseinandersetzen müssen, als dies in der Vergangenheit möglich war.

Wenn ich einmal das Gesamtergebnis von fünf Landtagswahlen – ohne Berlin –

seit 1961 in Vergleich setze mit der Bundestagswahl, dann haben wir für die CDU/CSU ein Absinken von 3,3 % zu verzeichnen, aber für die Sozialdemokratie ein Ansteigen von 6 %. Wenn Sie damit vergleichen den Verlauf der Kurve der Bundestagswahlen von 1949 an gesehen, dann möchte ich mit aller Eindeutigkeit auf den Ernst der Situation der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union hinweisen. Der Herr Bundeskanzler hat schon einige Zahlen genannt, die wir alle dankbar, aber sicherlich auch sehr überraschend aufgenommen haben, nämlich die Ergebnisse der letzten EMNID-Umfrage. (*Krone*: Es war Allensbach!) Richtig, ja. Es war Allensbach, es sind aber Zahlen, die einen ungewöhnlich optimistisch stimmen können und die einen Optimismus ausstrahlen, den ich in der Diskussion zu verspüren glaube, aber ich möchte davor warnen, allzu selbstsicher aus dieser Sitzung nach Hause zu gehen; denn bei diesen Zahlen ist nicht berücksichtigt, daß wir eine Untiefe von 35 % haben. In diesen 35 % stecken die Chancen der Sozialdemokratie und der Christlich-Demokratischen Union, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Das ist eine Zahl, die uns zu denken Anlaß gibt.

Ich glaube, daß wir vielleicht doch diese Stunde der Zusammenkunft des Bundesvorstandes benutzen sollten, um einmal darüber nachzudenken, wie sich die Dinge entwickeln. Zahlenmäßig können wir davon ausgehen, daß es der Sozialdemokratie – die Freie Demokratische Partei ist eine konstante Partei zwischen 6 und 10 % ... (*Lücke*: Sie hat eine konstante Wählerschaft, aber sie ist keine konstante Partei!), ich bin mit Ihnen völlig einig, – gelungen ist, aus dem Turm der 25 bis 30 % herauszukommen. Die Christlich-Demokratische Union unterliegt wesentlich stärkeren Schwankungen und Erschütterungen. Wir müssen nun dafür sorgen, wieder die absolute Mehrheit zu erringen; ein Ergebnis, das uns allen sicher vorschwebt.

Das ist also ein Prozeß, der eine wesentliche Wandlung in der parteipolitischen Situation Deutschlands anzeigt. Als wir im Jahre 1949 zum erstenmal Bundestagswahlen durchführten, entfielen 44 % aller Stimmen auf kleine und kleinste Parteien. Seit dem Jahre 1949 gibt es einen Trend zu den großen Parteien. Es ist eine Entwicklung, die viele von uns mitgemacht haben. Wir können heute an der Feststellung nicht vorbeigehen, daß auch die Sozialdemokratie nicht nur auf dem Wege ist, aus dem Turm der 30 % herauszubrechen, sondern daß sie auch anfängt, was die zahlenmäßige, soziologische und sonstige Gliederung dieser Partei angeht, eine Volkspartei zu werden. Es wäre eine Illusion, wenn wir an diesen Tatsachen vorbeigingen und uns nicht darauf einstellten. Das führt dazu, daß die Sozialdemokratie sich auch in der Zusammensetzung ihrer Wählerschichten zunehmend anpaßt der soziologischen Struktur und Gliederung unseres Volkes. Das führt auch dazu, daß der Arbeitnehmeranteil innerhalb der Sozialdemokratie nicht unwesentlich abgesunken ist; während er noch im Jahre 1956 71 % betrug, besteht die Wählerschaft der Sozialdemokratie jetzt aus 60 % Arbeitnehmern. Das ist immerhin ein entscheidender Faktor, wenn wir daran denken, daß die deutsche Bevölkerung 21 Millionen abhängige Lohn- und Gehaltsempfänger hat. Ich könnte Ihnen die Zahl über die Zusammensetzung unserer Bevölkerung geben, und zwar nach Arbeitern, Angestellten, Selbständigen, Rentnern und Pensionierten.

Diese Zahlen erweisen eindeutig, daß die Christlich-Demokratische Union immer noch dem Idealbild der Volkspartei, nämlich einer verhältnismäßig gleichmäßigen Gliederung der eigenen Wählerschichten mit der soziologischen Struktur der Bevölkerung, am nächsten kommt und weit stärker ist, als es die Sozialdemokratie ist und werden kann.

Aber wir haben von 1960 bis 1962 – und das ist das Erstaunliche daran, das zeigt, wie schnell das Godesberger Programm fruchtbar geworden ist – einen ungewöhnlich intensiven Prozeß der Anpassung auch der sozialdemokratischen Wählerschichten an die Struktur unserer Bevölkerung zu verzeichnen. So ist es kein Wunder gewesen, daß z. B. Meinungsumfragen in Berlin ergeben haben, daß weite Kreise des Bürgertums erklärt haben, auch die bürgerlichen Anliegen seien bei der Sozialdemokratie gut aufgehoben. Es bestünden keine Bedenken, der Sozialdemokratie die Stimmen zu geben. Das sind Entwicklungen, die nicht nur in Berlin zu verzeichnen sind. Man möge sich auch nicht der Illusion hingeben, daß z. B. Fragen der Bildung, der Schulbildung usw. irgendeinen Einfluß auf die Wählerentscheidung haben. Diese Fragen sind für die Wählerentscheidung nicht maßgebend. Die Konfessionszugehörigkeit hat schon eine größere Bedeutung. Auch die berufliche Schichtung ist von wesentlich untergeordneter Bedeutung. Wir befinden uns in einem Prozeß der Amerikanisierung unseres Parteiwesens, wie wir ihn bisher nicht für möglich gehalten haben. Aus alledem ergibt sich, daß wir insbesondere den Fragen der Innenpolitik größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen haben.

Ich möchte abschließen mit einigen sehr allgemeinen Bemerkungen. Ich beurteile die Situation der Christlich-Demokratischen Union in der Gegenwart und für die kommenden Jahre sehr kritisch. Die Christlich-Demokratische Union bietet in der breiten Öffentlichkeit schon seit einigen Monaten das Bild einer politischen Partei, deren führende Kräfte weitgehend Positionskämpfe austragen. Und das erträgt unsere Bevölkerung nicht. Das ertragen am wenigsten unsere Mitglieder und unsere Anhänger und Wähler. (*Beifall.*) Deshalb ist es für das Ansehen und für den Wiederaufbau unserer Partei und den Erfolg der Bundestagswahl von entscheidender Bedeutung, daß die Christlich-Demokratische Union in ihrer Führung einschließlich der von der Führung kommenden Verlautbarungen straffer, homogener, überzeugender und einheitlicher geführt wird und auch in Erscheinung tritt. Es besteht – diese Auffassung wird durch weite Kreise der Presse, des Fernsehens und des Rundfunks immer wieder genährt – der Eindruck, daß hinter diesen Positionskämpfen führender Kräfte der Christlich-Demokratischen Union die entscheidenden Sachaufgaben der Politik zurücktreten. Es entsteht der Eindruck, daß die Zügel während des letzten Jahres schleifen, und zwar sowohl von der Regierung wie von der Fraktion. Das soll keine Kritik sein, sondern nur das Bemühen darum, zu einer Klärung des Tatbestandes zu kommen.

Es sollten deshalb überzeugende Leistungen vorbereitet werden, wobei mit besonderer Sorgfalt und mit besserer Sorgsamkeit als bisher die Probleme der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in Angriff genommen werden sollten, einschließlich

der Probleme der Ostpolitik. Das gleiche gilt auch für die Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, wo entschieden mehr als bisher getan werden muß.

Vor einem Jahr wurde von der Politik gesprochen, die Stabilität der Währung und der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse zu sichern. Die Absicht, die Lösung der Fragen, die die Arbeitnehmer unmittelbar interessieren, in Angriff zu nehmen, ging fehl. Damals gab es so etwas wie ein Aufatmen. Aber es ist sehr wenig davon übriggeblieben. Die Diskussion um die Lasten, die auf den Haushalt der Jahre 1963 und 1964 zukommen, hat viel von jener Festigkeit vermissen lassen, die bei der Aufstellung des Stabilisierungsprogramms und bei der Festlegung der Grundsätze für den Haushalt in Erscheinung getreten ist.

Nun stehen wir vor sehr schwierigen Lohnkämpfen bei der Metallindustrie und der chemischen Industrie, aber auch bei Teilen des öffentlichen Dienstes, die davon erfaßt werden. Wir stehen damit vor Entwicklungen unserer Wirtschaft, auf die die Bevölkerung draußen eine Antwort erwartet. Ich habe den Eindruck, daß die Christlich-Demokratische Union gut beraten wäre, wenn sie in dieser Frage eine überzeugende Haltung einnähme, wenn sie – und das ist die Auffassung weiter Teile der Arbeitnehmerschaft – der Stabilität unserer Wirtschaft, unserer Währung und vor allem der Sicherheit des Arbeitsplatzes größeres Gewicht beimessen würde, als Tendenzen nachzugeben nach einem Mehr auf allen Gebieten. Das gilt nicht nur für die Arbeitnehmerseite.

Deshalb glaube ich, daß die Christlich-Demokratische Union recht bald mit einem überzeugenden Leistungsprogramm für Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik an die Öffentlichkeit treten muß und daß sie sich vor allem in diesen Bereichen der Innenpolitik überzeugender als bisher abgrenzen muß von der Sozialdemokratie, was wir im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik weitgehend nicht mehr können. Das sollte um so nachhaltiger, aber nicht mit billigen Worten und Redensarten, sondern durch eine sehr fundierte und kritische Stellungnahme zu der Situation unseres Wirtschafts- und Soziallebens geschehen. Das sollte entscheidend geschehen in den Bereichen, von denen ich zuletzt gesprochen habe.

Das erfordert allerdings eine intensive Vorarbeit und intensive Bemühungen. Das erfordert ein ungewöhnliches Maß an Härte von unseren Bundestagsabgeordneten, die sich mit den Lasten von mehr als 63 Milliarden des Bundeshaushalts und mit dem, was noch hinzukommt, auseinandersetzen müssen. Das erfordert von ihnen eine Fähigkeit zum Nein, die die Christlich-Demokratische Union in den vergangenen Jahren, zumindestens vor den Wahlen, entwickelt hat. Darüber müssen wir uns klar werden; denn nur dann, wenn wir uns in diesen Bereichen der Politik in den nächsten zwei Jahren – überzeugend für die Arbeitnehmerschaft, für die Landwirtschaft und viele andere Gebiete – abgrenzen von der Sozialdemokratie – das soll eine Teilantwort auf Ihre Frage sein –, werden wir mit Erfolg den Wahlkampf 1965 vorbereiten und gewinnen können. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich möchte doch einige Bemerkungen zu diesen Ausführungen machen. Der Herr Kollege Dufhues hat gesagt, die Partei oder die Bundestagsfraktion

müsse eine überzeugende Haltung zu den Lohnkämpfen einnehmen. Darf ich einmal fragen, was er darunter versteht. Wie spielen sich denn die Lohnkämpfe ab? Zunächst möchte ich hier einschalten, daß bei den Beamtengehältern sämtliche Länder dem Bund vorangegangen sind, und zwar erst die Gemeinden, dann die Länder, und wir waren die letzten. Da haben nach meiner Meinung die Länder glatt versagt, namentlich deshalb, weil sie doch mit dem Bund ein Abkommen geschlossen hatten. Und wir saßen nachher ganz allein da.

Wie spielen sich sonst die Lohnkämpfe ab? Nun, meine Freunde, wir haben bei uns hier die verschiedenen Organisationen, und die Lohnkämpfe spielen sich ab zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden. Nun sage ich Ihnen ganz offen, solange die Arbeitgeber irgendwelche Aufträge hatten, waren sie bereit, es nicht zum Streik kommen zu lassen. Was hätte da der Bundestag machen können? Ich weiß es nicht. Der Bundestag oder die Bundesregierung hat da keine Rechte. Es ist ein ungeheuer schweres Problem. Es kann sogar sein, daß wir nur über eine Art Katastrophe wieder zur Ordnung kommen. So schwer sehe ich die ganze Sache an.

Ich bin nicht der Auffassung, daß es z. B. die Eisenindustrie zum Streik kommen lassen wird. Wenn sie es nicht zum Streik kommen lassen wird, dann werden die Forderungen von 1,8 Millionen organisierter Arbeitnehmer erfüllt, (*Blank*: Mindestens 8 %!) und dann ist überhaupt kein Halt mehr. Ich glaube, die Möglichkeiten zu kennen, daß man vielleicht dem Einhalt gebieten kann, aber es gibt folgende paradoxe Geschichte in der Bundesrepublik: Wir haben rund 26 Millionen Arbeitnehmer. (*Katzer*: Wir haben 22 Millionen.) Herr Katzer! Wir haben mehr! Ich rede doch hier nicht ins Blaue hinein. Aber es kommt auch auf eine Million gar nicht an bei dem, was ich jetzt sagen will. Von organisierten Arbeitnehmern, die noch arbeiten, haben wir kaum fünf Millionen. Diese fünf Millionen entscheiden über das Ganze. Dem müssen wir doch ins Auge sehen. Neuerdings neigen sogar die Unternehmer dazu, die organisierten Arbeitnehmer bei ihnen besserzustellen als die nichtorganisierten, so daß dadurch die Arbeitnehmer von der Unternehmenseite aus geradezu dazu gedrängt werden, in die Gewerkschaften zu gehen. Und in diesem Dilemma, in dem wir uns befinden, gibt es auf der einen Seite fünf Millionen organisierter Arbeitnehmer, die nach unseren Gepflogenheiten bestimmend sind für die Lohnhöhe, und auf der anderen Seite die Arbeitgeber. Ich weiß nicht, wie viele es sind, ich weiß nur, daß sie keinen sehr starken Zusammenhang haben, auch wenn sie irgendwie organisiert sind. So ist die Situation.

Das Traurige dabei ist: Davon hängt die Stabilität unserer Währung ab. Diese fünf Millionen organisierter Arbeitnehmer, die nur ganz wenige Bosse haben, die sie kommandieren, entscheiden über das Schicksal unserer Währung. Und daran kann rebus sic stantibus keine Regierung und kein Bundestag etwas ändern. Dieser Sache müssen Sie ins Auge sehen.

Wenn wir an die Wahlen und an das Steigen und Fallen unserer Ziffern denken, müssen wir zwei Dinge ins Auge fassen, wo wir ganz unten liegen. Das ist einmal bei der Presse. Die kleine Presse und die kirchlich-religiöse Presse sind gut. Ich war

sehr erstaunt darüber – ich hatte neulich die Herren hier⁵¹ –, wie groß deren Auflage ist. Aber die große Presse – nehmen Sie die „Welt“ oder die FAZ; die „Bild“-Zeitung nehme ich aus – bestimmt die öffentliche Meinung. Damit müssen wir rechnen. Das Groteske ist dabei folgendes: Wer bezahlt die Annoncen in der „Welt“ oder in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“? Die bezahlen doch die Unternehmer.

Was uns aber am meisten Sorge macht, das ist das Fernsehen. (*Lebhafte Zurufe:* Sehr richtig!) Das Fernsehen – das ist die Auffassung auch der Journalisten, neulich schnitt Herr Springer⁵² das Thema an – übt einen Einfluß aus, dem fast niemand widersteht. Wir müssen uns sehr ernst die Frage vorlegen: Kann das so weitergehen? Kann das Monopol so weitergehen? Denn das sind doch alles Monopolbetriebe, dieses Fernsehen. Dem werden zur Verfügung gestellt nicht nur die Einrichtungen der Post, sondern auch der Lufthansa. Und alle Konkurrenten werden ferngehalten, weil ja nur eine gewisse Anzahl eine Lizenz bekommt, die anderen nicht. Wie ist es dem Bund ergangen, als wir ein selbständiges Fernsehen haben wollten? Gott segne ihn, aber das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Ihr habt nichts damit zu tun. Auf diese Weise – ich habe aus mehreren Anlässen gerade aus Unterhaltungen mit Journalisten manches gelernt – wird durch das Fernsehen die Beeinflussung der Wählermassen in die Hand von relativ ganz wenigen Leuten gelegt. Und dagegen kommen wir nicht an.

Es ist die Frage zu prüfen, ob man auf gesetzgeberischem Wege etwas machen kann. Das wäre nach meiner Meinung sehr zu prüfen. Es war jetzt eine Statistik in den Zeitungen über das Wachstum des Fernsehens in allen Ländern der Welt.⁵³ Das ist immens, das ist ganz ungeheuerlich! Denken Sie nur daran, wie das Fernsehen auf die Menschen einwirkt. Dabei wird das Fernsehen in der Hauptsache von Leuten benutzt, die wirklich nicht sehr politisch denken, die aber eine Wählerstimme haben, die so viel wert ist wie die Wählerstimme des größten Intellektuellen. Und wir sind der Macht des Fernsehens, die uns direkt feindlich gegenübersteht, völlig ausgeliefert. Das ist eine Frage, der wir uns wirklich sehr ernsthaft widmen müssen; denn schließlich hängt doch das Ganze davon ab. (*Beifall.*) Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir stehen einer Reihe von Schwierigkeiten gegenüber, bei denen wir nichts machen können; aber bei anderen können wir etwas machen. Die entscheidenden Schwierigkeiten, die vor allen Dingen die Parteiorganisation im letzten Jahre gehabt hat, waren die Differenzen und die Unsicherheit, die hier von Bonn ausgestrahlt wurde. Wenn es jetzt noch Zahlen gibt, die relativ günstig für uns aussehen, dann darf man sich aber in einem nicht täuschen: Das sind nicht Leute, die uns wählen, (*Adenauer:* Darf ich Ihnen ins Wort fallen; das waren sowohl Zahlen von Allensbach wie von EMNID.) sondern Leute,

51 Empfang für die Katholische Kirchenpresse am 5. März 1963 (TERMINKALENDER).

52 Axel Cäsar Springer (1912–1985), Journalist und Verleger. – Michael JÜRGs: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie. München 1995; Gerhard NAEHER: Axel Springer. Mensch, Macht, Mythos. Erlangen 1991.

53 Vgl. FAZ vom 14. März 1963 „Fast 7,6 Millionen Fernseher“.

die uns noch wählen. Wir haben gerade in unseren hauptamtlichen Organisationen draußen, in den Kreisverbänden und in den Ortsverbänden, eine Atmosphäre des Defätismus (*Zuruf*: Der Verdrossenheit!) und der Verdrossenheit zu verzeichnen. Die kommt auf uns zurück. Man sagt uns: Wir können draußen einfach nicht weitermachen und glaubhaft auftreten, wenn alle 14 Tage eine neue Sache von Bonn kommt, die von der Presse, vom Rundfunk und vom Fernsehen groß aufgebauscht wird und der wir hilflos gegenüberstehen. Meist klärt sich das hinterher irgendwie auf, daß es nicht so schlimm sei, aber das weiß dann kein Mensch mehr. Doch der Bevölkerung ist es inzwischen unter die Haut gegangen. Deshalb unsere Bitte, daß wir mindestens in einigen Punkten zu Sprachregelungen kommen. (*Zurufe*: In allen Punkten!)

Eine Sprachregelung haben wir heute insofern gefunden, daß lediglich Herr von Brentano und Herr Dufhues mit der Frage der Kanzlernachfolge befaßt sind. Wir sollten aber ganz klarstellen – wir sind ja alle anfällig, und wenn einer ans Reden kommt, äußert er seine Meinung –, daß außer den beiden Herren im Moment niemand kompetent ist. Dabei sollten wir die volle Unterstützung des Parteivorstandes haben, daß die beiden Herren gegenseitig keine gegensätzlichen Erklärungen abgeben. Das Vertrauen können wir zu ihnen haben. Es scheint mir entscheidend wichtig zu sein, daß wir jetzt für absehbare Zeit draußen Ruhe bekommen und nicht alle 14 Tage in Bonn wieder etwas passiert, was unsere Leute einfach nicht mehr am Arbeiten hält, (*Beifall*) ob sie die Kreisgeschäftsführer oder die Kreisvorsitzenden nehmen, es ist immer dasselbe; denn sie sagen, was sollen wir noch tun.

Es wird sich nie vermeiden lassen, daß in einer so großen Partei, Regierung und Koalition gegensätzliche Meinungen aufkommen. Wo aber die Differenzen unter die Haut gehen und in Bereiche kommen, wo sie für die ganze Partei schädlich sind, muß unbedingt geprüft werden, wie kann die Öffentlichkeit davon ausgeschlossen werden. Das muß einmal sehr hart gesagt werden! Dazu gehört auch, daß Briefe an die Öffentlichkeit gekommen sind, die nicht dahin gehören.⁵⁴ Und wenn nicht sichergestellt ist, daß diese Briefe auf dem Postwege ihr Ziel erreichen, dann müssen diese Briefe eben persönlich in irgendeiner Form übergeben werden.

Nun habe ich noch die Bitte von draußen: Wir brauchen unbedingt Ruhe. Wenn wir die nicht kriegen, dann fängt sich unsere Partei bis zur Bundeswahl nicht mehr. (*Beifall*.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Stoltenberg.

Stoltenberg: Ich bin völlig mit Ihnen der Auffassung, daß aufgrund der Anregung von Herrn Dichtel Herr Dufhues nominiert wird und den Auftrag bekommt, neben Herrn von Brentano bei der Kanzlernachfolge mitzuwirken. Bei dem zweiten Beschluß, daß wir uns darüber verständigen sollen, daß die beiden Herren gleichsam eine Legitimation haben, würde ich hinzufügen: Falls es erforderlich ist. – Das ist eine

⁵⁴ Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Adenauer und Erhard in der FAZ vom 5. März 1963. Vgl. auch KOERFER, S. 726 Anm. 75; HENTSCHEL S. 422.

ganz klare Einschränkung. (*Widerspruch.*) Das Vertrauen, das hier nötig ist, können wir zu den beiden Herren haben.

Wir haben auf dem letzten Parteitag als neue Einrichtung das Präsidium geschaffen, und zwar nach den Arbeiten einer Kommission, der ich angehört habe, die diesen Vorschlag gemacht hat. Nun möchte ich dagegen sein, daß wir jetzt wieder eine Art Satzungsänderung vornehmen; denn das ist sehr schlecht für eine Partei, die eine neugeschaffene Institution in kurzer Frist wieder ändert. Ich meine, daß dem Gesichtspunkt der engeren Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und unserer Partei, von dem Sie ausgingen, unbedingt Rechnung getragen werden muß. Es war bisher so, daß Herr von Hassel als Ministerpräsident eines Landes Mitglied des Präsidiums war. Nach seinem Eintritt in das Bundeskabinett ist in der Tat niemand mehr von den leitenden Herren der Länder im Präsidium. Herr Dufhues ist Mitglied des Landtages, aber in unserer Sicht ist er ein Mann des Bundes. Es ist zu überlegen, ob man diesen Status ändern soll. Ich würde aber dafür plädieren, es nicht durch eine Satzungsänderung zu tun, sondern dadurch, daß das Präsidium von der Möglichkeit Gebrauch macht, zu den Sitzungen jeweils die betreffenden Herren aus den Ländern – Ministerpräsident, Landesvorsitzender usw. – einzuladen, die die gegebenen Partner sind.

Hinsichtlich des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern⁵⁵ möchte ich einmal sehr nachdrücklich sagen, daß es für das Ansehen unserer Partei in der Öffentlichkeit und bei den eigenen Mitgliedern unbedingt erforderlich ist, in dieser Frage möglichst schnell eine Lösung zu finden. Wir sind in einer sehr üblen Situation, daß wir im Bundestag einen Haushalt verabschieden sollen, bei dem nicht nur die Ausgabenseite, sondern auch die Einnahmeseite unklar ist.

Neben der Arbeit auf der Ebene der Länderregierungen muß in der Partei in den nächsten Wochen unter politischen Gesichtspunkten sichergestellt werden, daß wir im Frühjahr eine Lösung finden, damit diese Dinge nicht wieder unter einem öffentlichen Streit an den Vermittlungsausschuß gehen. Ich bin der Auffassung, daß das zu den praktischen Aufgaben der Innenpolitik gehört, von denen Sie eben gesprochen haben, deren Meisterung aber für das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit von entscheidender Bedeutung ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Fricke.

Fricke: Ich möchte mich bezüglich der seit Jahren üblich gewordenen Zusammenkünfte der Landesvorsitzenden kurz äußern. Ich bin nicht der Auffassung, Herr Bundeskanzler, daß das illegitim war. Sie nannten es so. Es ist zwar nicht institutionell verankert, aber wir hatten das Recht – Herr von Hassel hat es getan, und Herr Dufhues hat es getan –, die Landesvorsitzenden zusammenzurufen, um spezifische Fragen zu

⁵⁵ Erste Verordnung zur Durchführung des Länderfinanzausgleichs im Ausgleichsjahr 1963 vom 7. Januar 1963 (BGBl I S. 6) und Zweite Verordnung zur Durchführung des Länderfinanzausgleichs im Ausgleichsjahr 1963 vom 30. Juli 1964 (BGBl I S. 572).

besprechen. Ich meine, das könnte auch, ohne daß das in der Satzung besonders verankert wird, geschehen.

Nun zu Niedersachsen! Ich bin gar nicht verletzt, aber ich muß doch einiges richtigstellen von dem, was Sie gesagt haben. Sie haben gesagt: Niedersachsen war immer eine Sorge. – In Niedersachsen haben wir den Dualismus zwischen der CDU und der DP. Das war für uns stets eine Belastung. Sie haben gesagt, es habe die drei Landesparteien Oldenburg, Hannover und Braunschweig gegeben, die jetzt noch immer da seien. Sie wissen genau, daß seit der Gründung der CDU in Goslar, daß heißt seit 1950, für die drei Landesverbände in Niedersachsen aufgrund eines Vertrages eine Dachorganisation geschaffen wurde, die Herr Cillien⁵⁶ zehn Jahre lang leitete und die ich jetzt leite. Ich frage mich, ob in anderen Ländern eine solche feste Dachorganisation besteht.

Ich kann mit Zustimmung meiner Freunde feststellen und wiederholen, was ich in Oldenburg gesagt habe. Die CDU in Niedersachsen ist seit Jahren, insbesondere vor dieser Landtagswahl, einig und geschlossen. Wir wünschen, die Bundespartei wäre einigermaßen so einig und geschlossen, wie es die CDU in Niedersachsen ist. Ich darf weitersagen, wie sich die Dinge entwickelt haben. Wir tun unsere Pflicht unter schwierigen Verhältnissen an der Nordsee. Die Entwicklung sieht so aus [in Mandaten]:

	1947	1955	1959
CDU	30	43	51
DP [NLP]	28	20	20
SPD	[65]	[59]	65

Nachdem von den 20 Landtagsabgeordneten der DP 18 zu uns gekommen sind, hat die CDU in Niedersachsen 69 Mandate gegenüber 66 der SPD und ist die stärkste Fraktion. Schon diese Entwicklung beweist, daß wir wirklich etwas erreicht haben. Wir haben 1957 trotz 300.000 Stimmen der DP die SPD geschlagen. Wir haben 1961, als die Bundespartei der CDU von 15 auf 14,5 Millionen Stimmen zurückfiel, in Niedersachsen die Stimmen von 1,5 auf 1,6 Millionen steigern können. Wir haben auch, weil die Bundespolitiker bei uns waren, von den 320.000 DP-Stimmen 180.000 für uns gewinnen können. Nun ist es sehr schwer, mit Herrn Hellwege, dem ich vor Jahresfrist eine faire und loyale Haltung versprochen habe, bei seiner Empfindlichkeit einen Kontakt zu bekommen. Er sagt, wir hätten uns zu wenig um ihn gekümmert. Dabei sitzt er doch in unserer Fraktion. Er hätte also jeden Tag uns dort ansprechen

56 Adolf Cillien (1893–1960), Oberkirchenrat, Mitgründer der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 27 Anm. 39. – In der Provinz Hannover fand die Gründungsversammlung der CDU am 18. Dezember 1945 statt, der Landesverband Braunschweig wurde am 7. Dezember 1945 gegründet, der Landesverband Oldenburg am 11. März 1946 (vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 36–38).

können. Und der Weg von ihm zu uns ist genauso weit, wie der Weg von uns zu ihm. Wir konnten ihn nicht fairer behandeln, als daß wir sagten, wir nehmen den Herrn Langeheine⁵⁷ in die Landesleitung, und wir bieten dem Ministerpräsidenten Hellwege den zweiten Platz in der Liste an. Ich bin der Meinung, es wäre niemandem gelungen, die CDU in Niedersachsen einschließlich der 17 DP-Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten davon zu überzeugen, daß man diesen Wahlkampf mit der Spitze von Hellwege erfolgreicher hätte führen können als mit dem Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen.

Ich möchte meinen, der Wind weht uns ins Gesicht, weil auch die Landwirtschaft beunruhigt ist und in Sorge um die Zukunft. Ich habe jetzt mit Herrn Rehwinkel⁵⁸ noch ein Gespräch geführt. Wir haben uns entschließen müssen, auf Drängen der Fraktion und aller Kreise und Bezirksverbände, den Präsidialmitgliedern, dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Dufhues und dem Herrn von Brentano einen sehr ernsten Brief zu schreiben, in diesen Wochen vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen einiger und geschlossener zu sein. Wörtlich steht darin, „nicht so viel Eigentore zu schießen, wie das seit eineinhalb Jahren gang und gäbe geworden ist“.⁵⁹

Herr Bundeskanzler! Wir sind Ihnen dankbar, daß Sie nach Oldenburg gekommen sind. Wir sind auch Herrn Erhard dankbar, aber wir sehen ein, daß er die Schwedenfahrt⁶⁰ nicht absagen kann. Wir sind auch Herrn Schröder dankbar, daß er am 23. nach Hannover kommen wird. Wir sind auch Herrn von Hassel dankbar, daß er nach Goslar gekommen ist.⁶¹ Ich frage nun, wie ist es mit dem Einsatz? Ist es nicht möglich, daß die Gesamtfraktion (*von Brentano*: Ich war da!) – ich spreche Sie als Fraktionsvorsitzenden an – oder 240 oder auch 200 Abgeordnete an einem Wochenende in Rheinland-Pfalz auftreten und daß wir in Niedersachsen nach Ostern mit einem sehr breiten Einsatz rechnen dürfen, daß also nicht nur 10 oder 30 Leute kommen, sondern daß die ganze Mannschaft antritt. Ist das nicht möglich? (*Zuruf*: Nein!) Wir haben früher geschrieben: Adenauer, Erhard und die Mannschaft. – Ich frage, wo ist die Mannschaft? (*Adenauer*: Der Herr Unertl⁶² wäre für Niedersachsen

57 Richard Langeheine (1900–1995), 1955–1970 MdL Niedersachsen (DP, GDP, CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 891 Anm. 6.

58 In der Vorlage: Rehling. – Edmund Rehwinkel (1899–1977), 1959–1969 Präsident des DBV. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 921 Anm. 31.

59 Schreiben vom 8. März 1963 in ACDP I-248-066/1.

60 Reise Erhards nach Schweden vom 22. bis 24. März 1963 („Süddeutsche Zeitung“ vom 14. März 1963).

61 Schröder nahm am Landesparteitag der CDU Hannover teil („Die Welt“ vom 25. März 1963 „Schröder lehnt Änderung des Pariser Vertrags ab“), von Hassel war auf dem Parteitag des CDU-Landesverbands Braunschweig („Süddeutsche Zeitung“ vom 25. Februar 1963 „Mehrere Kanzler-Kandidaten der CDU“).

62 Franz Xaver Unertl (1911–1970), Viehkaufmann, Landwirt; Gründungsmitglied der CSU, 1953–1970 MdB.

nicht der geeignete Mann!) Doch, Herr Bundeskanzler, glauben Sie das nicht; denn die Bayern kommen bei uns gar nicht so schlecht an, schon wegen ihrer Sprache. (*Widerspruch und Heiterkeit.*) Wir haben die Wahl um vier Wochen auf den 19. Mai verschoben. Wir bitten nun, daß uns die Bundespartei und die Bundestagsfraktion in Niedersachsen helfen mögen. Dann kann der BHE unter 5 % bleiben, und die neue DP wird trotz ihres Wolfenprinzen die 5 % nicht erreichen.⁶³

Jedenfalls tun wir unsere Pflicht. Wir wünschen und bitten Sie herzlich darum, daß man uns auch von Bonn aus in diesem Landtagswahlkampf unterstützt, so daß wir die Chance bekommen, nach der Fusion mit der DP endlich einmal den Durchbruch zu erringen.

Adenauer: Herr Fricke, Sie haben sich etwas zu früh aufgeregt. Wir wollen Ihnen doch helfen. Wir schimpfen doch gar nicht auf Sie. Aber man ist doch dazu verpflichtet, wenn man ein Referat hält, die Dinge so darzustellen, wie man sie sieht. Wenn man Ihre Schlußäußerungen zusammennimmt, dann sind Sie doch auch selbst besorgt. Wir sind mit Ihnen besorgt. Wir wollen Ihnen doch helfen, aber dann dürfen Sie hier nicht über uns schimpfen. (*Fricke:* Ich war überhaupt nicht gekränkt. Ich wollte nur die Dinge sagen, wie ich sie sehe.) Dann dürfen Sie sich nicht so aufregen. Sie haben noch viel durchzumachen bis zur Wahl. Gehen Sie deshalb mit Ihrer Aufregung sparsam um. Regen Sie sich nur in den Wahlversammlungen auf, aber außerhalb von Wahlversammlungen überhaupt nicht.

Aber den Appell von Herrn Fricke unterstütze ich sehr, daß nach Ostern ein verstärkter Einsatz in Niedersachsen erfolgt. Es wäre für den Ruf unserer Partei von größter Bedeutung, wenn es uns gelänge, Niedersachsen für uns zu gewinnen. Das ist nicht nur eine niedersächsische Angelegenheit, sondern eine für ganz Norddeutschland und darüber hinaus. Deshalb wollen wir uns da noch stärker einsetzen. – Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist darauf hingewiesen worden, welch großen Einfluß das Fernsehen ausübt. Ich glaube, bei dieser Feststellung kann man es hier in unserer Situation nicht belassen. Es ist so, daß es eine Rundfunk- und Fernsehpolitik, wie sie von der SPD systematisch betrieben wird, und zwar von einer Stelle aus, bei uns nicht gibt. Ich habe den Eindruck, daß bei uns jedesmal, wenn man sich wieder einmal geärgert hat, jeder auf eigene Faust Rundfunkpolitik macht. Mit dieser Sache können wir aber nicht warten, bis wir drei Monate vor der Wahl stehen, um dann Fernsehsendungen vorzubereiten, sondern wir sollten darüber heute beraten und beschließen.

Ich warne davor, etwa die Hoffnungen auf das Zweite Fernsehprogramm zu setzen und zu sagen, lassen wir das Erste Fernsehprogramm laufen. Wir haben

⁶³ Prinz Welf Heinrich von Hannover (geb. 1923), Weltraumfachmann. (Vgl. „Die Welt“ vom 11. März 1963 „DP wirbt um welfentreue Niedersachsen“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 11. Februar 1963 „Wolfenprinz steigt in die Politik“). – Bei den Landtagswahlen am 19. Mai 1963 erhielt die DP nur 2,7 %.

acht Millionen Fernsehteilnehmer beim Ersten Fernsehprogramm. Wir werden bei den Bundestagswahlen höchstens drei bis vier Millionen haben, die das Zweite Fernsehprogramm sehen. Verkennen Sie weiter nicht, daß das Erste Programm ein eingespieltes Programm ist. Das Zweite Programm muß sich aber zunächst einmal seine Fernsehteilnehmer erkämpfen. Übersehen Sie auch nicht, daß die technische Qualität des Ersten Programms besser ist als die des Zweiten Programms.

Es genügt nicht, daß wir vielleicht gelegentlich einmal im Jahr ein Essen mit den Intendanten veranstalten. Es genügt auch nicht, sich damit zu beruhigen, daß wir auf der Bundesgeschäftsstelle einen Fernsehreferenten haben. Wir sollten vom Bundesvorstand aus für jedes der beiden Programme jemand[en] mit der Sache beauftragen, der Ansehen und Gewicht hat. Aber dann müßte auch sichergestellt werden, daß in dessen Hand die Entscheidung liegt, wie im Einzelfall gegenüber den Rundfunkanstalten, wenn wir etwas zu beanstanden oder zu wünschen haben, zu verfahren ist.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich einmal die Besetzung in der Spitze ansehen, dann stellen Sie fest, daß die Mehrzahl der Intendanten politisch auf unserer Seite steht. Wir dürfen eines nicht übersehen, daß es der Linken, und zwar dank einer sehr systematischen und konsequenten Personalpolitik gelungen ist, fast in sämtlichen Anstalten einen sehr handfesten Einfluß zu gewinnen. Deshalb müssen wir sehen, was wir jetzt noch retten können im Hinblick auf die Wahl. Hier warne ich davor, immer in toto die Rundfunkanstalten insgesamt zu verprügeln, vor allem dann, wenn das in dieser allgemeinen Form geschieht, wie neulich in einem Artikel der PSK⁶⁴, wo gar nichts Konkretes genannt werden konnte, während bei Sendungen wie „Schlachtvieh“⁶⁵, wo man handfest zuschlagen konnte, im großen und ganzen nichts geschieht, wenigstens nicht für die öffentliche Meinung erkennbar.

Ich sage das deshalb mit Nachdruck, weil ich glaube, daß die Partei in dieser Sache eine Entscheidung fällen muß, indem sie Vorstandsmitglieder mit dieser Sache verantwortlich beauftragt.

Adenauer: Dann machen Sie doch bitte Vorschläge, Herr Heck! Sie kennen das Gebiet doch ausgezeichnet. Welche Leute halten Sie für geeignet?

Heck: Ich schlage vor, daß Herr Dr. Barzel beauftragt wird, sich um das Zweite Fernsehprogramm zu kümmern, weil er an seinem Aufbau sehr stark beteiligt ist.

Dufhues: Ich bin nicht sicher, ob wir jetzt eine Entscheidung treffen können, die auf die Dauer Bestand hat. Es gehört nicht nur die Bereitschaft eines Bundesministers oder eines ehrenamtlich Tätigen dazu, sich gelegentlich der Frage anzunehmen, es gehört auch eine handfeste Kontrolle dazu, die systematisch die Sendungen auswertet, um zu sehen und zu prüfen, was im Interesse der CDU geschehen muß.

64 „Ein gefährliches Monopol“ in „Politisch-Soziale Korrespondenz“ Nr. 4 vom 15. Februar 1963 S. 10–12.

65 „Schlachtvieh“, Fernsehspiel von Christian Geisler. Am 14. Februar 1963 im NDR gesendet.

Mein Vorschlag an den Bundesvorstand: Beauftragen Sie mich, mit Herrn Heck zusammen diese Frage zu klären und auch personell zu lösen. Ich will versuchen, in der nächsten Sitzung dem Bundesvorstand einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Herr Heck, sind Sie einverstanden?

Adenauer: Ich stelle fest, daß der ganze Bundesvorstand damit einverstanden ist. – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Ich möchte einen formellen Antrag stellen und dann noch einige Gedanken zu den Ausführungen der Herren Heck und Dufhues äußern.

Mein Antrag lautet: Der Bundesvorstand möge heute Herrn Dufhues formell beauftragen ... (*Zurufe:* Das kommt noch! – *Burgbacher:* Das ist doch geschehen!) Nein, es ist notwendig und richtig, daß wir das noch ausdrücklich tun. (*Unruhe und Bewegung.*) Nun zu den Ausführungen von Herrn Dufhues! Ich würde vorschlagen, daß wir spezifizieren und systematisieren, was an kritischen Äußerungen gesagt worden ist. Sie, Herr Bundeskanzler, haben mit Recht gefragt: Was kann man angesichts der Lohnkämpfe tun? Ich bin der Auffassung, daß wir zum gegebenen Zeitpunkt von der Regierung und vom Bundestag her in der Lage gewesen wären, ein Exempel zu statuieren. Ich will jetzt nicht auf de Gaulle abheben mit seinem Bergarbeiterstreik und seiner Handhabung dieses ganzen Komplexes.⁶⁶ Aber, Herr Bundeskanzler, wenn es einmal notwendig wird, müssen wir auch den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegenüber den Mut aufbringen und sagen: Wir lassen es darauf ankommen, weil es entscheidend ist für die Stabilität der Währung und unserer Wirtschaft. Wir müssen also den Mut haben, die Konsequenzen eines Streiks zu übernehmen. (*Adenauer:* Was verstehen Sie darunter?) Ich verstehe darunter unter anderem, daß wir nicht mit Rücksicht auf die politische Seite von vornherein eine kompromißbereite Haltung einnehmen, sondern daß wir dann auch durchhalten. (*Adenauer:* Ich verstehe Sie nicht. Was sollen wir tun?) Im vorigen Jahr war zweimal Gelegenheit, diese konsequente Haltung zu demonstrieren. Es handelt sich hier um Nordrhein-Westfalen. Ich weiß nicht, ob es richtig war, sich so zu verhalten, wie man sich eben dort verhalten hat. Dort war Gelegenheit, einmal durchzuhalten. Die Arbeitgeber waren dazu bereit.⁶⁷ (*Widerspruch.* – *Adenauer:* Die Arbeitgeber waren dazu bereit? Nun aber mal langsam! – *Blank:* Dann sind Sie schlecht informiert, Herr Blumenfeld! – *Adenauer:* Herr Blumenfeld! Sie sind weit weg von Nordrhein-Westfalen.) Ich will nachträglich nicht zur Debatte stellen, ob es in diesem Zeitpunkt richtig gewesen wäre oder nicht, denn wir haben ja das Ganze ausgiebig und intensiv diskutiert. Ich meine nur, wir sollten auch den Mut zur Konsequenz haben und eine solche Haltung auch strikt durchführen, sonst begeben wir uns in die Hand einiger Gewerkschaftler. Und

⁶⁶ Vgl. Anm. 20.

⁶⁷ Bei den Verhandlungen von Vertretern des Unternehmensverbandes des Ruhrbergbau, der IG Bergbau und der DAG mit dem Bundesarbeitsminister am 25. Juni 1962 wurde eine Lohnerhöhung um 7 % vereinbart und damit ein zuvor beschlossener Streik im Kohlebergbau ausgesetzt (AdG 1962 S. 9945).

dann können wir wahrscheinlich nur auf gesetzgeberischem Wege etwas machen. Wir haben darüber schon im Fraktionsvorstand diskutiert, aber wir sind bisher noch nicht zu irgendwelchen Beschlüssen gekommen. Ich empfehle aber nochmals, daß wir diese Frage im Präsidium oder in der Fraktion der Partei systematisch durcharbeiten, um uns dann hier über das Resultat zu unterhalten.

Ich möchte Herrn Heck in den Fragen des Fernsehens und der Presse unterstützen. Ich meine aber, wir verlangen etwas reichlich viel von der sogenannten übergeordneten seriösen Presse, wenn sie unsere Partei und die Regierung im Laufe der letzten zwölf Monate immer ausgiebig positiv hätte kommentieren sollen. Wenn unsere Herren und ihre Handlungen von der Presse kommentiert werden – von der „Bild“-Zeitung abgesehen, die sich zu einem CDU-Blatt entwickelt hat –, (*Adenauer*: Das ist sehr gut!) so möchte ich vorschlagen, daß wir auch einmal bei dieser ganzen Überlegung das Bundespresseamt einbeziehen. Das ist doch eine sehr große Organisation, die wir nutzbringend für uns verwerten können. Ich nehme an, daß Herr Dufhues diese Fragen mitbehandelt.

Ein letztes Wort zum Fernsehen! Herr Bundeskanzler! Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß man sich auch den kritischen Aussprachen im Fernsehen stellen soll. Man sollte nicht sagen, dieses oder jenes paßt mir nicht, und es ist nur ein linker Haufen; denn damit begibt man sich der Möglichkeit, dort mitzuwirken. Ich würde es für richtig halten, trotz unserer heftigen und berechtigten Kritik an den „Panorama“-Sendungen von unserer Seite aus mitzumachen und auf dem Bildschirm zu erscheinen, um dann sehr kräftige Anmerkungen zu den ganzen Dingen zu machen.

Die Sozialdemokraten haben es viel einfacher. Sie erscheinen bei jeder sich bietenden Gelegenheit im Programm des Ersten Fernsehens und können somit ihre Publikumswirksamkeit voll zur Geltung bringen. Wenn wir uns aber ausschalten, weil uns die ganze Richtung nicht paßt, dann haben wir doch das Nachsehen. Ich halte das also für falsch.

In ähnlicher Weise sollten wir auch mit den großen Illustrierten verfahren. Ich habe es begrüßt, daß Herr Heck hier eine Initiative entwickeln will. Wir sollten auch in den uns nicht positiv gesonnenen Illustrierten mit Diskussionsbeiträgen hervortreten und uns den Vorwürfen und was damit zusammenhängt, stellen. Denn nur auf diese Weise wird man auf uns aufmerksam, und wir können somit den Dingen begegnen. Aber einfach sich heraushalten und zu sagen, das Ganze paßt uns nicht, und ein Pauschalurteil zu fällen, halte ich für falsch.

Adenauer: Wir sollten die Diskussion nicht so breit ausdehnen, weil gleich der Bundestag anfängt und eine Reihe von Herren dorthin müssen. Wir wollen deshalb bei der noch guten Besetzung des Raumes zu den Abstimmungen kommen. Es wurde vorgeschlagen, Herrn Dufhues namens des Parteivorstandes zu beauftragen, an diesen Besprechungen teilzunehmen. Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind. Es ist kein anderer Vorschlag gemacht worden.

Scheufelen: War die Definition nicht so, daß Herr Dufhues als Vertreter der Partei

mit Herrn von Brentano als seinem Partner die Verantwortung für diese Aufgabe tragen soll? Es soll nicht sein, daß Herr Dufhues zu den Sitzungen irgendeiner Kommission hinzugezogen wird, sondern daß er als Vertreter der Partei mit Herrn von Brentano als dem Vertreter der Fraktion diese Besprechungen führt.

Adenauer: Genauso ist der Antrag gestellt worden, den ich jetzt zur Abstimmung gestellt habe. Ich bitte nunmehr diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Nun bitte ich diejenigen, die dagegen sind! – Niemand! – Einstimmig angenommen.

Dufhues: Ist auch der Vorschlag angenommen, der die Verlautbarungen namens der Partei zum Gegenstand hat? Es ist entscheidend wichtig, daß nicht jeder in jeder Phase der Verhandlungen sich berufen fühlt, namens der Partei Erklärungen abzugeben. So notwendig es mir scheint, daß wir uns alle Zurückhaltung auferlegen, muß es aber klar sein, daß der Kreis derer, die namens der Partei Erklärungen abgeben, beschränkt bleibt. Ich meine, daß Herrn von Brentano und mir dieses Recht zustehen sollte. Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

Adenauer: Ich darf es so verdeutlichen, daß die beiden Herren dazu berufen sind, wenn sie irgendwo eine vorwitzige Geschichte sehen oder hören, nun zu sagen: Bitte, haltet an! (*Schmidt:* Das ist zu wenig. Die Umstände können mehr erfordern, als nur vorwitzige Dinge zurückzuweisen. Ich würde diese Einschränkung, die Sie jetzt vorschlagen, nicht für ratsam halten, sondern möchte es so haben, wie es ursprünglich formuliert war.) Das ist doch so gemeint von mir. Ich meine, nachdem wir den anderen Herrn gewählt haben, wollen wir nicht, daß überall geredet wird. Wir wollen, daß überhaupt nicht geredet wird, bis die Zeit gekommen ist. Deswegen habe ich den Ausdruck „vorwitzig“ gebraucht. Sie können nicht sagen, jeder, der den Mund auf tut, kriegt einen drein. Das ist mir zu hart. (*Etzel:* Das kann ausgedehnt werden auf die Pressereferenten der Ministerien. Die reden viel mehr.) Das muß man den Ministern sagen. (*Etzel:* Dem Bundeskanzler!) Ich habe keinem Pressereferenten des Finanzministers etwas zu sagen. (*Etzel:* Das gehört doch dazu.) Aber komplizieren wir doch nicht.

Dann möchte ich Herrn Stoltenberg sagen, ich habe nicht an eine Satzungsänderung gedacht, sondern daran, daß dieses Präsidium – es kann sich zu diesem Zweck zusammensetzen – nun sagt: Wir wollen, wenn nötig, die Vorsitzenden der Landesparteien von Zeit zu Zeit dabei haben, wobei vorauszusetzen ist, daß die Vorsitzenden der Landesparteien – mögen sie legitim oder illegitim sein, Herr Fricke, das ist mir gleichgültig – auch daran teilnehmen.

Dufhues: Das Präsidium hat häufig von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Es ist erfreulich, daß Herr von Brentano regelmäßig an unseren Sitzungen teilnimmt, obgleich er formell nicht Mitglied des Präsidiums ist. Wir sind übereingekommen, daß der Vorsitzende der CSU an den Sitzungen teilnimmt. Ich halte es für selbstverständlich, wenn z. B. über die Wahl in Niedersachsen gesprochen wird, daß die Herren aus Niedersachsen zu uns gebeten werden. Ich meine, daß ein solches Recht, andere hinzuzuziehen, je nach dem Thema, bereits immanentes Recht des Präsidiums ist, so daß ein formeller Beschluß nicht mehr notwendig wäre.

Adenauer: Herr Gurk hat ums Wort gebeten.

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen es, daß für das Fernsehen ein Referat bei der Bundesparteiführung vorgesehen ist; hoffentlich ein sehr aktives Referat. Sie haben die Möglichkeit, gute Pressestimmen – z. B. der Zeitschrift „Mann in der Zeit“ – zu verwerten, die Ihnen helfen können.

Vorgestern abend behandelte die „Panorama“-Sendung den Bericht der SPD über die „Spiegel“-Affäre. Dabei hat Rüdiger Proske⁶⁸ gesagt, es sei leider nicht möglich gewesen, den Vertreter der CDU-Fraktion vor den Bildschirm zu bringen, weil der Herr Fraktionsgeschäftsführer dies abgelehnt habe wegen mangelnder Vertrauenswürdigkeit der „Panorama“-Sendung. Es sei auch nicht möglich gewesen, einen anderen Vertreter der CDU vor den Bildschirm zu bringen. Ich will das aber nicht ausweiten, sondern gebe nur Ihrer Erwägung anheim, ob es richtig ist, so zu verfahren und sich zurückzuhalten.

Dufhues: Diese Frage ist ausschließlich durch Herrn Rasner behandelt worden. Er hat für seine Person und für niemand anders entschieden, daß er – da nicht die Fairneß gewährleistet sei – an der Aussprache nicht teilnehmen könne. So sehr ich es begrüße und für notwendig halte, daß wir jede Möglichkeit nutzen, um beim Fernsehen, beim Rundfunk und in der Presse in Erscheinung zu treten, so sehr schien es mir richtig zu sein, daß der „Panorama“-Sendung noch einmal bestätigt wurde, daß sie die Prinzipien der Objektivität und der journalistischen Fairneß verletzt hat. Das werden wir konkret noch einige Male sagen müssen mit dem Ergebnis, daß in der Sendung „Report“ eine Sendung entstanden ist, die sich wohltuend von „Panorama“ unterscheidet.

Es ist notwendig, ernsthafte Überlegungen anzustellen, die „Panorama“-Sendungen so zu ordnen, daß sie nicht jedesmal Anlaß zur Kritik geben.

Adenauer: Man muß nicht überall dabeisein. Da gebe ich den Herren recht, sonst klassifizieren wir diese Leute zu hoch ein. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. (*Burgbacher:* Der Punkt „Verschiedenes“ ist noch nicht aufgerufen worden.) Also, dann kommen wir zu dem Punkt

VERSCHIEDENES

Das Büfett steht nebenan! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Das Wort hat Herr Burgbacher.

Burgbacher: Ihr Bundesschatzmeister bittet Sie um ganz kurze Aufmerksamkeit. Nach § 39 des Statuts und nach § 10 der Finanzordnung soll der Etat der Bundespartei auf der ersten Bundesvorstandssitzung, die nach dem 30. November des Jahres statt-

⁶⁸ Rüdiger Proske (geb. 1916), Publizist; seit 1946 Redaktion Frankfurter Hefte, seit 1952 NWDR bzw. NDR, 1961–1963 Herausgeber des TV-Magazins „Panorama“, 1961–1986 der Fernseh-Reihe „Auf der Suche nach der Welt von Morgen“.

findet, vorgelegt werden. Das hätte am 5. Dezember geschehen sollen, aber da war es nicht möglich. Es wäre nun heute möglich, da der Bundeshaushaltsausschuß die Neufassung der Dotierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln beschlossen hat, und zwar so, daß die Mittel – unter Ausschuß von Wahlkampfgeldern – zu 20 Millionen zusammengezogen werden, ohne jede Zweckbindung außer nach Artikel 20. Das hat der Haushaltsausschuß mit 13 gegen 11 Stimmen beschlossen, wobei die SPD acht Einzelabstimmungen beantragt hat. Aber diesmal hat die Koalition gehalten.

Nun muß diese Etatisierung noch vom Plenum verabschiedet werden.⁶⁹ Ihr Bundesschatzmeister bittet um die Erlaubnis des Bundesvorstandes, daß der Haushaltsplan erst vorgelegt wird, wenn wir juristisch einwandfrei wissen, über welche Mittel wir verfügen können.

Adenauer: Damit sind Sie einverstanden.

Dufhues: Zum Punkt „Verschiedenes“ noch folgendes: Wir haben wiederholt die Einführung einer Bundesliste zum Wahlgesetz diskutiert. Ich bitte Sie, mich zu ermächtigen, darüber zu verhandeln, eine positive Regelung zu erreichen. (*Widerspruch.*) Ich bitte um eine Verhandlungsvollmacht. (*Unruhe und Bewegung.*) Bundesregierung und Partei haben eine Entscheidung zu treffen wegen der Besetzung des Fernsehrates der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen.⁷⁰ Herr von Merkatz gehörte bisher dem Fernsehrat als Vertreter der Bundesregierung an. Herr Barzel gehörte dem Fernsehrat als Vertreter der CDU an. Inzwischen ist eine Änderung in der Position beider Herren eingetreten. Ich möchte meinen, daß wir dem in der Weise Rechnung tragen, daß Herr von Merkatz künftig als Vertreter der CDU und Herr Barzel als Vertreter der Bundesregierung im Fernsehen benannt werden.

Schmücker: Ich bin sehr überrascht über diesen Vorschlag und ein wenig enttäuscht. Sie wissen, daß ich mich mit Ihnen in Verbindung gesetzt habe, Herr Dufhues. Das Zweite Programm in Mainz zieht eine Werbeaktion auf, die von der mittelständischen Wirtschaft mit großem Befremden gesehen wird. Ich habe die Zahl nicht im Kopf, aber es ist so, wenn ich mich nicht irre, daß etwa die Hälfte der Sendezeit bereits an ausländische Konzerne verkauft ist und man sich um den Rest bei einigen inländischen Firmen bemüht. Nachdem unserem Ersuchen, daß man auch der mittelständischen Wirtschaft eine Möglichkeit gibt, nicht stattgegeben worden ist, ziehen wir daraus die Konsequenzen, daß wir unseren Antrag erneuern werden auf ein Verbot dieses Werbefernsehens überhaupt.

69 Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses (13. Ausschuß) zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1963 (Haushaltsgesetz 1963) vom 29. März 1963 (Drs. IV/1105). – Zur Verabschiedung des Bundeshaushalts vgl. Anm. 21.

70 Die Plätze von Barzel und von Merkatz wurden getauscht (Vermerk Kraskes vom 3. Juli 1963 in ACDP VII-001-024). In der Vorstandssitzung am 7. Juli 1963 (vgl. Nr. 11) wird der Tagesordnungspunkt 3: „Benennung eines Vertreters der CDU im Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen“ nicht behandelt.

Ich bin enttäuscht, Herr Dufhues, daß ohne Rücksprache mit uns so etwas vorkommen konnte. Man sollte jemand aus der mittelständischen Wirtschaft nehmen, damit endlich auch der Struktur der deutschen Wirtschaft Rechnung getragen und nicht die Einseitigkeit, wie wir sie in anderen Bereichen haben, fortgesetzt wird. Ich kann also diesem Vorschlag nicht zustimmen. Entweder müssen Sie es von der Tagesordnung absetzen, oder ich muß einen Gegenvorschlag machen.

Kraske: Ich darf zur Sache eine Richtigstellung geben. Das Zweite Deutsche Fernsehen ist durch Staatsvertrag⁷¹ verpflichtet, sich aus Werbeeinnahmen zu finanzieren. Durch ein Gesetz, das von sämtlichen Landtagen beschlossen ist, ist innerhalb des Staatsvertrages das Zweite Deutsche Fernsehen, das für dieselben Leistungen, die die Anstalten der ARD erbringen, nur 30 % der Gebühren bekommt – statt 70 % bei den ARD-Anstalten –, auf diese Werbeeinnahmen zwingend angewiesen. Es hat deswegen genau wie die regionalen Anstalten der ARD diese Werbezeit unter sehr ungünstigen Konkurrenzbedingungen, nämlich verspätet, angeboten und hat unter Ausschluß derjenigen Werbenden, die man in einem Fernsehprogramm nicht haben will, dort verkauft, wo sie verkauft werden konnten. Es handelt sich zu einem hohen Prozentsatz um Sendezeiten für Artikel, die mehr oder weniger ausschließlich durch den Einzelhandel verkauft werden. Im übrigen bemüht sich das Zweite Fernsehen – und das ist dem Vertreter des Mittelstandes mehrfach von der Anstalt mitgeteilt worden –, eines Tages zu einer anderen Ausgestaltung des Programms zu kommen. Die regionale Wirtschaft soll auch eine Werbemöglichkeit erhalten. Ich glaube also nicht, daß hier etwas versäumt worden ist. Ich weiß von der Anstalt wie auch von unserer Vertretung im Fernsehrat, daß man sich von Anfang an um eine Lösung bemüht hat, im Rahmen des Gegebenen dem Mittelstand entgegenzukommen.

Dufhues: Es tut mir leid, Herr Schmücker, daß Sie enttäuscht sind. (*Schmücker:* Ich bin empört!) Wir haben doch darüber korrespondiert. Mein Vorschlag heute ist der, setzen wir es von der Tagesordnung ab und beraten wir darüber in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes. Bis dahin werde ich mit Herrn Schmücker Fühlung nehmen und versuchen, seinen Bedenken Rechnung zu tragen.

Schmücker: Sehen Sie sich das Ergebnis an! Betrachten Sie das Vordringen der Sozialdemokraten in diesen Schichten. Ziehen Sie daraus die Konsequenzen. Wir müssen zu einem Arrangement kommen, um den Einzelhandel zu stützen. Wenn wir eine gute Mittelstandsarbeit leisten sollen, dann müssen wir auch an entscheidender Stelle den entsprechenden Einfluß haben.

Dufhues: Einstweilen bleibt es bei der Regelung, die ich mitgeteilt habe. Über eine Änderung können wir in der nächsten Sitzung des Bundesvorstandes sprechen. Ich

71 Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“ vom 6. Juni 1961. Vgl. dazu Ernst W. FUHR: ZDF-Staatsvertrag. Staatsvertrag über die Errichtung der gemeinnützigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Zweites Deutsches Fernsehen“ (ZDF-Staatsvertrag). 2. Aufl. Mainz 1985.

möchte, daß alle unsere Freunde den mittelständischen Interessen Rechnung tragen. Das gilt auch für Herrn Barzel und Herrn von Merkatz.

Der Bundesvorstand muß noch die Wahl der Ausschußvorsitzenden der Partei bestätigen, und zwar der Herren Etzel als Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftspolitik, Dr. Jungmann als Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheitsfragen und Niermann⁷² als Vorsitzenden des Ausschusses für Agrarpolitik. Darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind. – Es ist so beschlossen.

Die Kontaktgespräche zwischen der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion und den CDU-Landtagsfraktionen⁷³ sind ein wenig eingeschlafen, weil Herr von Hassel Mitglied der Bundesregierung geworden ist. Ich bitte Sie, mich zu ermächtigen, dafür zu sorgen, daß diese Kontaktgespräche wieder aufgenommen werden.

Noch eine letzte Anregung! Ich bin davon unterrichtet worden, daß die Teilnahme an den deutsch-englischen Gesprächen in Königswinter ungewöhnlich gering geworden ist.⁷⁴ Die konservativen Abgeordneten Englands stehen vor einer Invasion von sozialdemokratischen Abgeordneten aus Deutschland. Ich bitte die Bundestagsfraktion, doch einmal zu überlegen, ob sie nicht einige Vertreter der Fraktion mehr an den Gesprächen teilnehmen läßt, als sich gemeldet haben.

Adenauer: Das nimmt Herr Dr. Krone in die Hand. – Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Ihnen für Ihre Teilnahme danken und die Sitzung schließen.

72 Gustav Niermann, (1919–1989), Landwirt; 1954–1975 MdL NW (CDU), 1958–1966 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in NW. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 205 Anm. 43.

73 Nächste Fraktionsvorsitzendenkonferenz am 3./4. Mai 1963 in Wiesbaden. Protokoll in ACDP VIII-001-269.

74 Die Deutsch-Englischen Gespräche der 1949 in Düsseldorf gegründeten „Deutsch-Englischen Gesellschaft“ fanden seit 1950 jährlich in Königswinter statt. Vgl. Deutsch-Englische Gesellschaft: Zwanzig Jahre Königswinter. Königswinter 1969; Ralph UHLIG: Die Deutsch-Englische Gesellschaft 1949–1983. Der Beitrag ihrer „Königswinterer-Konferenzen“ zur britisch-deutschen Verständigung. Göttingen 1986.